

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

## Band 12

### Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/121

#### Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 4

##### **Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration**

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel schrieb am 11. Oktober 2016 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" über den Islam: >>Kein Zurückweichen

Der Islam verändert Deutschland. Er wird als Parallelgesellschaft und bewußte Gegenöffentlichkeit als Bestandteil des Dschihad in unser Leben hineingetragen und beeinflußt das Bild des öffentlichen Raumes nachhaltig - so wie wir es von keiner anderen Religionsgemeinschaft kennen.

Es ist der öffentliche Raum, den wir mit unseren Steuern mitfinanzieren. Der Staat müßte dafür Sorge tragen, daß dieser Raum nicht zur Aushöhlung unseres Rechtsstaates und unserer freiheitlichen Bürgerrechte genutzt wird. Dieser Staat tut das aber nicht.

Religiös motivierter Terror wird als Einzelfall abgetan und tausende Dschihadisten, Salafisten, wahhabitische Fundamentalisten und Erdogan-treue türkische Imame der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. DITIB dürfen auf deutschem Boden tun und lassen, was sie wollen.

##### **Allumfassendes Gesellschaftssystem**

Ich möchte diese archaische Kultur und die entwürdigende Sicht auf die Frau nicht in meinem Land verankert wissen. Wo alle Feministinnen, Grünen und linken Gutmenschen kläglich versagen, setze ich mich gegen die Unterdrückung der Frau, der Homosexuellen, der Juden, der Christen und anderer Religionsgruppen, die in den Augen des Islams minderwertig sind, ein.

Moscheevereine, Islamverbände und auslandsfinanzierte politische Gruppen, die Einfluß auf die deutsche Rechtsetzung und Rechtsprechung nehmen, betreiben durch ihre gezielte Lobbyarbeit die stetige Aushöhlung unseres Verfassungsstaates. Das sollte eigentlich ausreichen, um zu erkennen, daß der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern vielmehr ein allumfassendes Gesellschaftssystem, welches das Recht und die Politik umfaßt.

Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia, die von Allah herabgesandt und von keinem Gläubigen angezweifelt und mißachtet werden darf. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Politik: Denn jede weltliche Politik muß mit diesem Gesetz Allahs übereinstimmen.

##### **Islam bedeutet Unterwerfung**

Darüber wachen alle Muslime der Umma, vor allem aber die muslimischen Theologen und Rechtsgelehrten. Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet.

Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzinrufe, die Kleidungsordnung von Muslimen, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, ob Friedensrichter, Schariagerichtsbarkeit, Parallelgesellschaften, Ehrenmorde, Zwangs-

verheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen - all dies zielt nur auf eines: auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.

Unsere Leitkultur basiert auf dem Grundgesetz und nicht auf der Scharia oder einem Clan- oder Stammesgesetz, das durch sogenannte Friedensrichter im Namen der Religionsfreiheit auf deutschem Boden durchgesetzt wird.

Immer öfter wird die sogenannte "Religionsfreiheit" als trojanisches Pferd genutzt, um die Segregation von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie von Mann und Frau, also eine flächendeckende Religions- und Geschlechterapartheit, einzuführen.

Der Islam kennt keine prinzipielle Gleichheit der Menschen über die Religion und das Geschlecht hinaus, weshalb auch die allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen nicht anerkannt werden und eine eigene Erklärung herangezogen wird - die Kairoer Erklärung der Menschenrechte. Hier gelten die "Menschenrechte" nämlich nur unter dem Vorbehalt der Scharia.

### **Keine prinzipielle Religionsfreiheit für den Islam**

Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eine politische und gesellschaftliche Weltanschauung. Der Islam ist ein vollständiger Lebens- und Gesellschaftsentwurf und reguliert die gesamtgesellschaftlichen Beziehungen und das politische Gemeinwesen auf Basis des Korans und der Hadithe.

Der Islam kennt keine Säkularisierung, keine Reformation, keine Trennung von Religion und Staat. Die Moschee ist der Ort der Niederwerfung. Sie ist ein Gebetshaus, aber auch ein Ort der Versammlungen und der Politik. Allein schon deshalb ist die Moschee mit einer Kirche nicht zu vergleichen.

Der Islam bezieht sich auf ein heiliges Buch, in dem es insgesamt 206 Passagen gibt, die Gewalt und Krieg verherrlichen und 25 direkte Tötungsbefehle beinhaltet, die Allah an die Gläubigen ausspricht, "Enthauptet sie!", "Tötet sie!". Für solch eine Religion darf es keine prinzipielle Religionsfreiheit in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung geben. Denn der Heilige Krieg in Form von Gewalt und Subversion bezieht sich auf den Koran selbst. Da mutet die Unterscheidung von Islam und Islamismus nur noch wie eine Scheindebatte an.

Die Ausübung dieser Ideologie gehört unter strenge Kontrolle, was auch bedeuten muß, daß alle Moscheen in Deutschland, die Salafisten und Fundamentalisten eine Bühne geben, geschlossen werden müssen. Das bedeutet in der Praxis, daß alle Moscheen auf Extremismus durchleuchtet und dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. ...

### **Muslime sind in der Bringschuld**

Nicht wir sind in der Bringschuld, sondern die Muslime. Der Islam muß sich grundlegend von innen heraus reformieren. Es ist die Aufgabe der Muslime, in ihrem eigenen Haus zuerst aufzuräumen und den Islam politisch zu entmachten. Solche Reformbestrebungen von innen heraus sind in Deutschland erkennbar, werden aber durch die gutmenschliche Toleranz in der Politik konterkariert und geschwächt.

Solange sich der Islam nicht von innen heraus reformiert hat, sich glaubhaft von Gewalt gegen Andersgläubige distanziert, und Gleichheit von Nicht-Muslimen und Frauen einräumt, solange darf islamischen Organisationen auch nicht der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt und der Islam in unserer Mitte nicht gleichrangig mit anderen Religionen behandelt werden.

### **Abschiedskultur vom politischen Wunschdenken**

Die Willkommenskultur, welche mantraartig Toleranz für den Islam sowie dessen Gleichstellung proklamiert, fällt genau den liberalen Kräften der Muslime in den Rücken, welche ihn reformieren wollen. Wir müssen aber genau diese Kräfte stärken, die den Islam reformieren wollen. Genau darum brauchen wir keine undifferenzierte Willkommenskultur, sondern eine Abschiedskultur vom politischen Wunschdenken und realpolitischen Pragmatismus. Eine

Rückkehr zur Verantwortungsethik.

Wir müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen die Aushöhlung desselben einschreiten. Denn in der Rechtslehre gibt es die Idee der wehrhaften Demokratie, die vor ihren Gegnern, den Feinden einer offenen, toleranten Gesellschaft, nicht zurückweicht, sondern ihnen entschieden entgegentritt.

Nur so können die westlichen Werte wie Gleichberechtigung, die Trennung von Kirche und Staat, Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung bewahrt werden. Wir Bürger haben ein Recht auf eine regelgebundene, soziale und friedliche Ordnung, auf die wir uns verlassen können. Staatsaufgabe ist, diese Rechte zu wahren und zu verteidigen - zum Wohle des deutschen Volkes. So wahr Gott helfe.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>Merkels Verachtung

Wer Sorgen vor dem Islam hat, soll mehr singen und beten, rät die Kanzlerin

Was wie der Ausdruck von Naivität aussieht, ist kalte Berechnung. Merkel will ihren Bürgern Sand in die Augen streuen.

Kanzlerin Merkel rät den Deutschen, die "Sorgen vor dem Islam" haben, sich zur Weihnachtszeit wieder verstärkt dem christlichen Liedgut zuzuwenden und die Blockflöte zur Hand zu nehmen, denn sonst ginge uns "ein Stück Heimat verloren". Die Empfehlung strotzt vor einer bemerkenswerten Naivität, die allerdings im Falle der intelligenten CDU-Chefin bloß vorge-täuscht ist.

Unlängst hatte Merkel Bürgern mit Sorgen vor dem Islam geraten, einfach öfter in die Kirche zu gehen. Der Autor Henryk M. Broder konterte damals: Das hätten die syrischen Christen auch getan. Heute seien viele von ihnen tot. Was die Kanzlerin als Antwort auf die Ausbreitung eines zunehmend aggressiven politischen Islam vorschlägt, ist eine bewußte Ablenkung der Deutschen von der wahren Herausforderung, vor die sie – insbesondere durch Merkels Politik selbst – gestellt werden.

Mit ihren Verweisen auf Kirchgänge und Weihnachtslieder gaukelt Merkel einen friedlichen, religiös-kulturellen Wettbewerb vor, dem mit Glaubensstärke und der Betonung der eigenen Wurzeln allein begegnet werden könne.

Dem politischen Islam aber geht es nicht um einen spirituellen Wettbewerb oder gar um "kulturelle Bereicherung". Dem politischen Islam geht es um politische Macht. Er will nicht Seelen und Herzen gewinnen, sondern Raum, in welchem er die Macht ausübt und alle Abweichler verfolgen und ausmerzen kann. Diesem Muster folgen auch der türkische Machthaber Erdogan und somit die in Deutschland tätigen religiös-politischen Strukturen der türkischen Regierung.

Die Antwort darauf kann nur in der konsequenten Bekämpfung aller politisch-islamischen Strukturen in Deutschland bestehen. Und in einer ebenso konsequenten Eindämmung der islamischen Zuwanderung, solange sich der politische Islam in der muslimischen Welt immer weiter ausbreitet und mit der islamischen Einwanderung dessen Ausbreitung in Deutschland befördert wird.

Genau dies aber will Angela Merkel mit allen Mitteln verhindern. Sie weigert sich mit aller Sturheit, der massenhaften islamischen Zuwanderung Einhalt zu gebieten und duldet politisch-islamische Frontorganisationen in der ominösen "Deutschen Islamkonferenz".

Daher streut sie den Deutschen mittels kitschiger Gefühlsappelle und lächerlicher Empfehlungen zum Singen und Beten Sand in die Augen. Dabei tritt zutage, daß sie ihre Bürger für bodenlos kindisch halten muß, für einen Haufen Einfaltspinsel, der sich selbst mit dem größten Blödsinn noch hinter die Fichte locken läßt. Nur auf der Basis einer solchermaßen ausgeprägten Verachtung des eigenen Volkes kann Merkel ernsthaft glauben, daß diese Irreführung nicht entdeckt und wütend zurückgewiesen wird.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2017: >>>**Strategie der Globalisierung: Thomas Barnett - jetzt in deutscher Übersetzung**

Vielen gilt das Werk von Prof. Thomas Barnett als Drehbuch für den US-Imperialismus des 21. Jahrhunderts. Der Globalisierungsexperte hatte zudem nicht bloß als Forscher, sondern auch als Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums direkten Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001. Bislang aber waren seine Hauptwerke nur für Leser zugänglich, die der englischen Sprache mächtig sind.

Daß sich dies jetzt geändert hat, ist dem Trio Professor Dr. Michael Vogt, Dr. Baal Müller und Monika Donner zu verdanken. Die Drei haben ihre Übersetzung jetzt im Querdenken.TV vorgestellt sowie Hintergründe und Entstehungsgeschichte dargelegt.

Demnach hatte Thomas Barnett um 1989 ein Problem: Durch den Zusammenbruch der UDSSR war der Feind Rußland verschwunden. Aber wie sollte der gigantische US-Militärapparat jetzt seinen Fortbestand legitimieren? Ganz einfach, indem man sich einen neuen Feind schuf. Zunächst dachte man an China, aber dann kam der "rettende" 11. September. Endlich hatte man wieder einen Gegner. Zwar keinen auf Weltmachtniveau, dafür aber in Form vieler kleiner "Schurkenstaaten".

Dabei hatte Barnett niemals Furcht vor einem "Kampf der Kulturen" à la Samuel Huntington. Nein, ihn interessiert die globale Wirtschaft, deren Ausbreitung und Förderung. Hatte in den Jahrzehnten zuvor der Kommunismus die Globalisierung im Zaum gehalten, ging jetzt die Antiglobalisierungs-Power vom radikalen Islam aus.

Der neue Gegensatz war für Barnett anstelle von arm und reich jetzt vernetzt gegen unvernetzt. Zwar glaubt der Professor unerschütterlich an das Never Ending des American Way of Life, ist aber überzeugt, daß Globalisierung kein Kulturimperialismus, sondern kulturell "wertneutral" sei! Er bedient die klassische neoliberale Perspektive, nach der Religion und Tradition reine Privatsache seien, während der Staat nur die Interessen eines "alternativlosen" Kapitalismus garantieren solle. Im Grunde, so erläutert Baal Müller, sei für Barnett die Kultur eine kommerzielle Angelegenheit. Etwas, das sich kaufen läßt: Waren, Essen sowie Dienstleistungen aus aller Welt. Eine große Vermischung, die der Wirtschaft dient und dienen soll.

Vor allem müsse alles in ständiger Bewegung bleiben, historisch Gewachsenes abgebaut und gegen Neues ersetzt werden. Der Mensch als flexibler Arbeitsnomade solle stets arbeiten und konsumieren. Das würde zunächst viel Widerstand, viele Kriege provozieren - aber am Ende stünde die große kommerzielle Befriedung. Wer sich dauerhaft gegen die Interessen des globalen Kapitalismus wehre, könne nur ein "Schurkenstaat" sein. Für die hat Barnett nur ein Gegenmittel: "Kill them!" ...<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 12. März 2017:

**>>>Bürgerkrieg in Europa: Die Luntten lodern an allen Enden**

Besorgniserregend sind die Zustände in Europa schon länger. In den letzten Wochen und Tagen verschärft sich die Situation zusehends. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis Europa länderübergreifend von bürgerkriegsähnlichen Zuständen überzogen wird. Wer die Augen nicht verschließt und ideologisch nicht verblendet ist, kann die Gründe dafür erkennen und sie vor allem benennen

Während die Parteien links der Mitte und den von ihnen bezahlten Vorfeldorganisationen immer noch einem Faschismus hinterherjagen, verwandelt sich Europa in ein Flammenmeer. Die Antwort darauf kommt prompt: Demonstrieren gegen Rechts, gegen Rassismus und für Weltoffenheit. Daß genau diese Weltoffenheit gerade dafür sorgt, daß alles aus der Bahn läuft, sieht der dumme Antifant nicht. Eigentlich sollte man sich gemütlich zurücklehnen und der Dinge harren die da kommen. Mit einem Lächeln auf den Lippen aus der Ferne beobachten und ein süffisantes "Hoppala" von den Lippen lassen, wenn der Araber zur Machete greift und dem Bahnhofsklatscher die Rübe abhackt. Das tun wir nur deshalb nicht, weil wir keine Un-

menschen sind. Nur der Gedanke dazu blitzt kurz auf, aber Gedanken sind frei - sind noch frei.

Die Migrantenaufstände vor ein paar Jahren in Frankreich, Großbritannien und Schweden ... waren der Beginn der Misere. Das war sozusagen die Probe aufs Exempel. Negative Auswirkungen hatte das keine auf die Migration - nur auf die autochthone Bevölkerung, denn die schranken-, ufer-, grenzenlose Zuwanderung wurde in Europa noch stärker vorangetrieben. Europa wurde mittels Migrationswaffe noch zusätzlich millionenfach mit kulturfremden muslimischen Fachkräften geflutet.

Das Resultat waren immer mehr Angriffe und Übergriffe auf die Ureinwohner. Daß die Behörden in manchen Regionen nur mehr Zaungäste sind, wird die Krieger und Eroberer - denn nichts anderes sind diese Horden wildgewordenener Menschen, arabischer und afrikanischer Abstammung - noch mehr anfeuern. Es gibt schließlich Niemanden, der diesem Wahnsinn ein Ende bereiten kann. 70 Jahre ohne Kriegserfahrung - außer aus der Flimmerkiste - Flowerpower der 68er-Idioten und die kulturmarxistische Umerziehung der Einheimischen, lassen diese leicht zum Opfer der Barbaren werden. ...

Seit 2015 herrscht praktisch Ausnahmezustand in Europa. Dieser wurde zwar nicht ausgerufen, aber es liegt auf der Hand, daß die Migrationskrise im westlichen Teil Europas, das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Terroranschläge in Frankreich, Spanien, Großbritannien und dann 2016 auch in Deutschland. Wobei man speziell von seiten der Mainstreampresse von Amokläufern sprach, obwohl nach kurzer Zeit eigentlich klar war, daß die Täter Gotteskrieger und im Namen des Islam handelten. Klar gibt es sogar jetzt noch Idioten, welche glauben, der Islam sei die Religion des Friedens. Warum man dazu Macheten, Äxte oder überhaupt Waffen braucht, dabei "Allahu Akbar" rufen muß, erschließt sich mir nicht.

Dann kam es in Frankreich wieder zu Aufständen durch Ausländerhorden, die diesmal nicht nur in Paris wüteten sondern in vielen Städten der Nation das öffentliche Leben lahmlegten.

...

In Skandinavien, insbesondere in Schweden, gibt es über 50 No-go-Zonen, in welchen ausländische Banden das Sagen haben. Rettungskräfte fahren nur mit Polizeischutz zu ihren Einsätzen. Schweden wird auch eines der ersten Länder im Bürgerkrieg sein. Schuld daran ist die besonders liberale Einwanderungspolitik. Also wir haben Frankreich und Schweden, beide Länder praktisch jetzt schon verloren.

Neben diesen bekannten Fronten, die uns jetzt schon in Westeuropa massiv zusetzen, wird eine neue Front aufgebaut - und wir wissen, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg: zu viele Fronten bedeuten den Untergang. Und diese Front ist wieder eine muslimische, nämlich die türkische Front. Die deutsche, die österreichische und auch die niederländische Regierung haben es satt, daß Erdogan auf nicht türkischen Boden, also in der Diaspora schamlos Wahlkampf betreibt. Das paßt Erdogan nicht, das paßt seinen Regierungsmitgliedern nicht, welche wieder ausreisen mußten oder nicht auftreten durften und das paßt den Erdogan-Verehrern nicht, die es zu Hunderttausenden in Deutschland und Niederlanden gibt. Kurzum: ein weiteres Bürgerkriegspotential.

Daß das nicht übertrieben ist, auf das kommt man, wenn man Eins und Eins zusammenzählt. Wir wissen wie die Moscheen und türkischen Vereine von Extremismus verseucht sind, wir wissen wie der Islam in seiner politischen Form, eben der Islamismus, in jeden Winkel unserer Gesellschaft vordringt und eine Parallelgesellschaft etablieren will. Und an vorderster Front sind immer die Türken, welche fordern und aufbegehren. Also es ist nicht unbegründet, wenn ich behaupte, daß die Luntten des Bürgerkriegs an allen Ecken lodern.

Das Auslöffeln der Suppe ist kaum noch möglich, weil der Koch andauernd nachschöpft und wir bis zum Verrecken schlucken müssen. Wir müssen schlucken, was uns unsere Regierungen einbrockten. Es ist nur leider zu spät, um den Politikern die Suppe zu versalzen. ...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 16. März 2017 (x893/...): >>"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Eroberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam

Isik Ablä: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."

Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmordattentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Ablä, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.

Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. ... Ablä warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. ...

Es gehe ... nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Ablä.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt notwendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten. Laut Koran gebe es "keine höhere und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.

... Der Dschihad sei aber nicht nur das.

"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad ... Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."

"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."

Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen. Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster ziele der Bildungsdschihad. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dschihadisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Ablä.

... Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Ablä ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Ablä.

Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübte. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. ...

Die zur Christin gewordene Ablä hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dschihad. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.

... "Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug.

Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."

Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:

"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."

Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime. Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

**"Ich verschweige die Wahrheit nicht"**

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"

Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt" ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017:  
>>"**Deutschland ist ein failed state**"

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. ...

**Preußische Allgemeine Zeitung:** Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

**Tibi:** ... Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland. Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen. ...

**Preußische Allgemeine Zeitung:** Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgreenen und Islamisten?

**Tibi:** Die nihilistischen Linksgreenen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren

wollen. ...

Die Linksrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. ...

Heutige Linksrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmutzedecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. ...

Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

Der CDU-Politiker Hans-Jürgen Irmer berichtete am 17. Juni 2017 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>Der Gefahr ins Auge sehen

... Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft - wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, ... Vorschub geleistet.

### **Zeichen gelungener Integration?**

Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren ...

Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?

Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.

### **Ziel ist die Weltherrschaft**

Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von

Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

### **Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz**

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht? Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?

Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat: "Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich." Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu: "Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

Minderheit darf keine Mehrheit werden

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind." ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Juni 2017: >>**Kein Respekt**

### **Wie der Islam freie Gesellschaften unterwandert**

Ein erstaunliches Buch der Muslimin Zana Ramadani, die 1981 als Siebenjährige mit ihren Eltern aus Skopje in Mazedonien kam, sich hier integrierte, alle Freiheiten unserer Rechtsordnung zu nutzen lernte, sich zum Urfeminismus bekannte und nun gegen ihre Glaubensschwestern nicht nur zu Felde zieht, sondern sie als "Gefahr" bezeichnet. Der Titel "Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen" weckt Neugier und hält, was er verspricht, wenn auch manches etwas übertrieben idealistisch klingt. Unter einem "Hidschab" total verschleierte Musliminnen bezeichnet sie provokativ als "gesichtslose Stoffsäcke". ...

Im Kapitel "Die muslimische Frau - immer nur ein Opfer?" bezeichnet sie diese als "Täterinnen", denn diese erziehen die Kinder: "Mütter erziehen die Jungs zu Prinzen und Machos, die Mädchen zu ergebenen Dienerinnen der Männer. Die Frauen sind die größten Unterdrücker der Töchter. Die Hand einer muslimischen Mutter fliegt schnell!" Während die Mädchen zur Keuschheit verdammt seien, dürften die Jungen ihre Triebe ausleben. "Nichtmuslimische Frauen sind Freiwild."

Dann wirft die Autorin einen Blick "Zurück in die Vergangenheit". "Wo immer der Islam Gesetz wird, wo immer der politische Islam die Macht ergreift, hält die Verhüllung der Frauen Einzug." Das war in Kairo so, in Bagdad, in Kabul, in Teheran. "Jüngstes Beispiel eines solchen Backlashs ist die Türkei." Hier erlebten wir direkt, wie eine ehemals säkulare Gesellschaft Schritt für Schritt konsequent islamisiert wird: "Kopftuch und Vollverschleierung sind die Leichentücher der freien Gesellschaft." Die Islamisierung übertrage sich auf europäische Großstädte wie Den Haag, London, Madrid, Paris oder Berlin.

"Wir haben den Kampf gegen den Hidschab schon fast verloren. Weil wir als Gesellschaft so tolerant sind." Noch konkreter: "Verschleierung bedeutet Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, Scharia und Dschihadismus. Sie bedeutet Geschlechter-Apartheid und Demokratie-

feindlichkeit. Wieso das die deutschen liberalen Kulturrelativisten nicht sehen wollen, ist mir schleierhaft."

Nach dem Kapitel "Falsche Feministinnen" widmet Ramadani sich der "Gewalttätigen Religion" und beschreibt "den Glauben als Grundlage für den islamistischen Terror". Ihre Meinung: "Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." In einem historischen Rückblick erörtert sie die Frage, woher Rückständigkeit und Gewaltneigung bei Muslimen kommen. Nur das Alevitentum könne "ein friedlicher EU-Islam" sein. Erörtert wird auch das Problem, wie das "Scharia-Recht" langsam das "deutsche Rechtswesen" unterwandert, "Parallelgesellschaften" wie "Paralleljustizen" entstehen. Der Islam vertrete die Einstellung: "Ungläubigen schuldet kein Muslim Respekt" und "Deutsche Männer sind Weicheier".

Interessant ist auch der Blick auf die "Tabus der Muslimfunktionäre", die "nicht nach den Fehlern ihrer Glaubensbrüder" stöberten, eher die Radikalisierung aktiv förderten. Das letzte Kapitel heißt "Aus Fehlern lernen". Die Autorin fordert die Politik auf, Alternativen anzubieten. "Wir müssen den Willigen helfen, sich aus ihrer Unmündigkeit zu befreien - und die Unwilligen des Landes verweisen."

Ihr Fazit: "Einen diesen Staat und diese Gesellschaft ablehnenden, radikalen, vorgestrigen, unmodernen Islam brauchen wir nicht. Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." Als Vorbild propagiert sie Kanada und fordert, die "Deutsche Islam Konferenz" aufzulösen, für gescheitert zu erklären. Um "die radikalislamischen Einflüsterer und Haßprediger in den hiesigen Moscheen kontrollieren zu können, müssen wir per Gesetz festlegen, daß dort in deutscher Sprache gepredigt wird". ... <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>**Milliardengeschäft Asylindustrie**

**Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft.**

Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengenommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.

Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.

Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

**Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher.** Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben. Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.

**Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben.** Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.

**Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle.**

Von einem "Konjunkturreffekt" kann also keine Rede sein. Vielerorts landen teuer angeschaffte Betten und anderes Inventar bereits wieder auf dem Müll. ...

Die großen Wohlfahrtsverbände - DRK, Caritas, Diakonie, AWO - sind zugleich Lobbyisten in eigener Sache: Über ihre politischen Beziehungen - ein Drittel aller Mitglieder des Bundestags hatte 2012 zugleich eine Leitungsfunktion bei Diakonie oder Caritas - und mit Öffentlichkeitskampagnen "gegen Rassismus" üben sie Druck auf Politik und Gesellschaft aus, da-

mit ihre lukrative Klientel weiter wächst und nicht durch Abschiebungen oder restriktivere Asylpolitik kleiner wird.

Caritas und Diakonie sind der weltweit größte private Arbeitgeberverbund mit 1,5 Millionen Beschäftigten und 45 Milliarden Euro Jahresumsatz. Als Hauptprofiteure der Asylkrise haben sie ihre Position noch weiter ausgebaut. Weit über 90 Prozent ihres Budgets sind staatliche Mittel oder kommen aus den Sozialversicherungen, nur etwa fünf Prozent aus der Kirchensteuer, der Rest aus Spenden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. August 2017: >>**Merkels Flüchtlinge!**

Es war das übliche Beschwichtigungsritual: Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière, CDU, im Frühjahr die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, besänftigten die Berliner Schalmeybläser: Alles nicht so schlimm, die Gesamtzahl der Straftaten von rd. 6,3 Millionen habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Tatsächlich aber dürfte keine Kriminalstatistik so brisant sein wie die aktuelle.

- 100 Prozent mehr Morde
- 130 Prozent mehr Gruppenvergewaltigungen
- 93 Prozent mehr Körperverletzungen

Fakt ist: Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg 2016 um 52,7 Prozent auf 174.438 Asylbewerber, sogenannte nicht anerkannte Flüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt stellten damit 8,6 Prozent aller rund 2 Millionen Tatverdächtigen - 2015: 5,7 Prozent -. Tendenz stark steigend!

Im Einzelnen: Bei Taschendiebstählen betrug der Zuwanderer-Anteil 35 Prozent, bei Ladendiebstählen waren es 16,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei Raubdelikten 14,3 Prozent, bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie gefährlicher und schwerer Körperverletzung je 14,9 Prozent.

Die wahre Brisanz der Statistik offenbart sich jedoch erst beim Lesen der Deliktzunahmen:

- In der Rubrik "Mord" stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 100 Prozent!
- Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren 120 Prozent mehr Asylbewerber tatverdächtig!
- Noch extremer der Anstieg beim Delikt "Gruppenvergewaltigung": plus 130 Prozent!
- Gefährliche und schwere Körperverletzung nahmen um 93 Prozent zu.

Vollends deutlich wird die Aussagekraft dieser Zahlen aber erst, wenn man sie unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsanteils ins Verhältnis zur Zahl der deutschen Tatverdächtigen setzt. Dann ergibt sich folgendes Bild:

- Asylbewerber waren 2016 in Bezug auf die Gesamtkriminalität mehr als 600 Prozent auffälliger als Deutsche. Wobei unter "kriminellen Deutschen" auch solche mit Migrationshintergrund und Doppelpaß erfaßt sind.
- Bei der Gewaltkriminalität waren "Flüchtlinge" sogar 1.400 Prozent auffälliger als Deutsche
- also 14-mal so oft! ...

In dem Bericht heißt es: "Allein schon diese Ergebnisse sprechen für einen Mehrwert der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen". Der Innenminister soll Weisung erteilt haben, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Offenbar, weil die Bundesregierung vor der Wahl eine Debatte über neue Grenzkontrollen vermeiden will.

Schmunzelnd zeigt sich Kanzlerin Merkel mit Pustemund und Knautschgesicht auf den CDU-Wahlkampfzügen. Umhüllt von den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold blickt die Kanzlerin auf ihrer zentralen Broschüre versonnen nach links unten, in Richtung des CDU-Mottos: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". Die Botschaft der 20 Millionen Euro teuren Kampagne: "Weiter so!"<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/...): >>Gezielte Verharmlosung des Islam

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, *"verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, *"was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt"*, setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. *"Wir können von ihnen auch lernen"*, sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht"*.

Damit meine er *"auch die Toleranz"*. Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden"*, sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung"*. *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker"*, sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: *"'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. ... Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."*

### **Das Grundmuster des Islam**

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: *"Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraussetzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."*

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.

Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.

Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.

Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.

Daher heißt es in der 19. Sure: *"Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: *"Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern (der Staub) sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

### **Die totale Daseinsordnung**

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert. Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.

*"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."*

Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, *"daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. ... Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia."*

Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemachte Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben.

Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.

Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.

Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.

Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.

In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. *"Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach Joh. 5, 20.*

Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. *"Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). *"Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).

Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben. Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.

Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

### **Reformversuche des Islam**

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.

Denn wie dargelegt, *"gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."*

Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft*

*des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die ... um sich gegriffen hätten."*

Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten eingetreten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, *"und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*

Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*

Er stellte den Islam *"als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. ..."* Der Islam sei *"kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*

Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.

Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. *"Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*

*"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. ..."*

*Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."*

Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. ... Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

## **Täuschung und Wirklichkeit**

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirmacher so zusammenfaßte:

*46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion ... für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."*

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

*"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Emnid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."*

## **Die Strategie der Täuschung**

Es kann also keine Rede davon sein, daß *"die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind, den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische

Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:

*"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. ... Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.*

*'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.'* (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*

Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.

Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*

Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.

Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.

Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.

Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.

Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.

Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der

Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 23. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Heute Ceuta, morgen Ihr Haus!**

In der spanischen Exklave Ceuta gelang mehr als 200 jungen afrikanischen Männern ein "gelingener Grenzübertritt". Der 'Spiegel' schrieb von einem "erfolgreichen Massenansturm". Tatsächlich haben die Eindringlinge den spanischen Grenzposten gestürmt, dabei einem Polizisten, der nicht rechtzeitig zur Seite springen konnte, das Bein gebrochen und sind anschließend unter Siegesgebrüll durch den Ort gezogen.

Die spanische Regierung hat nicht etwa sofort Polizeiverstärkung geschickt, um die Illegalen wieder aus dem Land zu werfen; nein, die jungen Afrikaner haben es geschafft: sie dürfen bleiben und werden rundum versorgt. Während bislang Grenzverletzungen durch ein Überklettern des Zaunes verübt wurden, wird nun ganz offen und ungeniert die Grenzstation durchschritten: legal, illegal, schießegal.

Die Eindringlinge wissen ganz genau: Europa ist so unglaublich schwach, daß es die Gesetzesbrecher belohnt. Sie bekommen, was sie wollen, wenn sie nur das Gesetz brechen. Heute Einlaß nach Spanien und Versorgung - und morgen? Ihr Haus, Ihre Frau, Ihr Vermögen?

Ein offener Angriff auf eine Grenzstation und ein gewaltsames Eindringen ins Land war früher auch hier und ist heute im Rest der Welt ein kriegerischer Akt, der notfalls militärisch abgewehrt werden muß. Im spätdekadenten Westeuropa ist es die Berechtigung zur Teilhabe am Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!

Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft". Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.

Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.

Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.

Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvölker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

### **Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands**

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden ein "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz, SPD, der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".

Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.

Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt

werden.<<

Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>... Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 20. Dezember 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Nichts ist mehr wie es war ...**

Es gibt sie, die besinnlichen Stunden der Vorweihnachtszeit in den Familien. Es gibt sie in Vereinen und im Freundeskreis.

Vieles aber hat sich verändert seit der Massenmigration ab 2015, seit dem Silvesteralbtraum in Köln und insbesondere seit dem Lkw-Attentat durch den islamistischen Attentäter Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit zwölf Toten und vielen Verletzten im vorigen Jahr. ...

Die Unbefangenheit, mit der in Deutschland Volksfeste und Weihnachtsmärkte stattfinden konnten und besucht wurden, ist vorbei. Seit der Massenmigration aus dem muslimisch-arabisch und afrikanischen Raum ist nichts mehr wie es war ...

Daß sich die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verschlechtert hat, ist inzwischen selbst denjenigen klar, die gar nicht genug den Zustrom von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen bejubelten. Auch wenn man nicht darüber sprechen will oder sogar versucht, die Lage zu beschönigen.

Offenkundig hat sich aber die Sicherheitslage nicht nur für größere Veranstaltungen dramatisch verschlechtert. Das New Yorker Gatestone-Institut hat bereits vor geraumer Zeit ermittelt, daß es allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in Deutschland mehr als 1.600 Messerattacken gegeben hat. Pro Monat sind das mehr als 300 offiziell bekannt gegebene Messerattacken. Täglich wird demnach zehnmal das Messer als Waffe eingesetzt.

Die mutmaßlichen Täter stammen nach der Analyse diverser Polizeiberichte durch das Gatestone-Institut weitgehend aus dem Kreis der Asylbewerber und sonstiger Migranten.

Sarkastisch kann man feststellen, daß man eigentlich Waffenscheine für Messer einführen müßte.

Niemals zuvor in der Geschichte unseres Landes kam es zu einer solchen Vielzahl von Gewalttaten mit Messern. Auch eine Zunahme sexueller Gewalt ist seither nicht mehr zu übersehen. Das hat dazu geführt, daß Frauen oftmals nicht mehr jeden Weg zu jeder Zeit gehen.

Insgesamt muß leider konstatiert werden, daß der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Die Verpollerung unserer Weihnachtsmärkte ist der offensichtlichsste, geradezu ins Auge springende Hinweis auf die beunruhigenden Veränderungen in Deutschland.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 01/2018 berichtete im Januar 2018: >>**"Das Abendland hat sich verbraucht"**

*\_Professor David Engels im Gespräch mit Marc Dassen*

Wird die europäische Zivilisation untergehen wie vor 2.000 Jahren die römische Republik? Als Althistoriker und Buchautor hat David Engels die geschichtlichen Parallelen untersucht und eine eindringliche Warnung im Gepäck.

Wann sind Sie das erste Mal auf den Gedanken gekommen, daß sich heute etwas wiederholen könnte, was vor 2.000 Jahren in der römischen Republik schon einmal geschah?

David Engels: Schon immer hat mich Geschichtsphilosophie interessiert, allen voran zyklische Konzepte, wie ich sie bereits in meiner Jugendzeit im Denken Nietzsches und Spenglers oder in den Romanen Thomas Manns kennengelernt habe.

Meine Beschäftigung mit der Antike hat mich dann sehr schnell in der Überzeugung bestätigt,

daß alle menschlichen Hochkulturen in ihrer Entwicklung mehr oder weniger parallele Phasen durchlaufen, wobei es vor allem die Entwicklung Europas und der EU seit dem Fall der Mauer war, welche in mir massive Assoziationen mit dem Niedergang der römischen Republik im 1. vorchristlichen Jahrhundert wachgerufen hat: Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Familienzerfall, Bevölkerungsniedergang, Schwinden der etablierten Religionen, Masseneinwanderung, Wertewandel, Fundamentalismus, asymmetrische Kriege, Technokratie, Staatsschulden, Finanzmärkte, Brot und Spiele - all das gab es schon vor mehr als 2.000 Jahren und führte langfristig in den Bürgerkrieg und einen autoritären Staat. ...

Masseneinwanderung und Islam

Wie schätzen Sie die Bedeutung der Massenzuwanderung in diesem Konflikt ein? Hat sich Europa die eigenen Eroberer - genau wie Rom damals - selbst eingeladen? Wird der Bürgerkrieg sich auch entlang religiöser und ethnischer Linien entwickeln?

David Engels: Die zunehmende Präsenz nicht oder doch nur teilweise assimilierter Parallelgesellschaften mit Migrationshintergrund verstärkt die gegenwärtige Krise natürlich ungemein und wird zweifellos auch in den künftigen Auseinandersetzungen eine große, vielleicht entscheidende Rolle spielen. Schon jetzt leben doch schon viele in ethnischen Ghettos nach ganz eigenen Regeln und haben den Staat faktisch entmachtet. Ob nach dem zu erwartenden Zerfall der nächsten Jahrzehnte aber nun die "säkularen Werte", ein oberflächliches Kulturchristentum oder gar, wie von Tschudinowa ... oder Houellebecq befürchtet, der Islam die Bruchlinien des Kontinents kittern werden, wer kann es wissen?

Deutlich ist jedenfalls, daß wir uns langfristig irgendwie mit der massiven Präsenz des Islams in Europa arrangieren müssen und eine Stärkung der eigenen Traditionen brauchen, sollen sie irgendwie langfristig überlebensfähig sein. Das ist aber eben nicht durch Betonung des unpersönlichen säkularen Mottos "one size fits all" zu erreichen, sondern vielmehr durch das positive Bekenntnis zum eigenen, christlichen Herkommen, das ja schließlich überhaupt erst die Entwicklung des gegenwärtigen, inklusiven Gesellschaftsmodells ermöglicht hat. Denn selbst dieses zehrt letztlich vom rasch verblassenden Geist christlicher Kultur; sobald dieser gänzlich schwindet, wird auch von "Toleranz" und "Säkularismus" nicht mehr viel übrig bleiben.

...

Sie sagen in einem Artikel, der kürzlich erschien: "Der Westen, oder was davon noch übrig ist, sitzt auf einem stetig wachsenden Berg aus reinem Sprengstoff, dessen Entschärfung mittlerweile so unwahrscheinlich geworden ist, daß eine kontrollierte Zündung schon fast als Gnade erscheint." Was genau meinen Sie damit?

David Engels: Ich bin überzeugt, daß es bereits zu spät ist, die Explosion zu vermeiden. Je früher sie also erfolgt, desto geringer wird die Masse des stetig anwachsenden Sprengstoffes sein, und desto größer die Hoffnung, daß das Eine oder Andere doch noch unversehrt bleiben könnte. Das bedeutet konkret: Je länger die zwar dringend nötigen, aber mit den Mitteln des gegenwärtigen politischen Systems nicht zu verwirklichenden Reformen unseres Kontinents aufgeschoben werden, desto schwieriger dürfte es sein, die zahlreichen Krisenfaktoren überhaupt noch eines Tages in den Griff zu bekommen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Februar 2018: >>**Wir wagen ein "historisch einzigartiges Experiment" - Schock-Geständnis in den "Tagesthemen"**

*Von Katja Wolters*

Ein Harvard-Politikwissenschaftler plaudert in der ARD über die stattfindende Volkszersetzung.

Tagesthemen am Dienstagabend. Nach einem Schauerbericht über das Vorbeiziehen der AfD an den Sozialdemokraten, befragt Caren Miosga den in Deutschland geborenen Harvard-Politikwissenschaftler Yascha Mounk zur Lage der Demokratie in Deutschland.

Warum ist das "Grundvertrauen in die etablierte Politik so zurückgegangen", fragt Miosga. Die schockierend ehrliche Antwort: Weil "wir ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen."

Wow! Mounk, der für Globalistenmedien, wie Foreign Affairs, Financial Times und Die ZEIT schreibt, gesteht, daß mit Europas Völkern gerade unter der Tarnmaske der Flüchtlingskrise tabula rasa gemacht wird.

"Einzigartig, unfäßbar frech, anmaßend", kommentiert Martin Sellner das Gehörte (siehe Video oben). "Wer ist Teil dieses wirs", fragt Österreichs IB-Chef, also Teil derer, die dieses "einzigartige Experiment" wagen? Das ist "die kosmopolitische Medien- und Finanzelite, die Asylindustrie".

Mittels einer "globalen Transaktionsstrategie" von Ressourcen aus Überschußgebieten in Regionen des Mangels solle die Globalisierung über die kommenden Jahrzehnte abgesichert ... werden. ... Komplettiert wird die globale Umverteilung vom "Strom der Völker" aus der "Kluft" hinein in den "alten Kern". Schon 2004 forderte Barnett, bis 2050 sollte Europa jährlich 1,5 Millionen Zuwanderer aufnehmen.

Barnett ... bezieht sich auf einen im März 2000 erschienenen Bericht der UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen. Um etwa in Europa den Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter zu erhalten, warnte die Weltorganisation, müßten "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden". In der deutschsprachigen Fassung des UNO-Berichts ist daher die Rede von einer "Bestandserhaltungsmigration". Die richtige Übersetzung des englischen Originalbegriffs, "replacement migration", ist hingegen Nachfolger- oder Austauschmigration.

Sellner: "Niemals vergessen. In diesem Experiment sind wir die Laborratten und die "Verwerfungen" erleben wir täglich auf unseren Straßen. Wehrt euch gegen den Großen Austausch!"

Katja Wolters ist bekennende Lipstick-Feministin, selbstbewußt und betont weiblich zugleich. Die zweifache Mutter und freie Journalistin lebte lange in England. Die Abwesenheit schärfte ihren Blick auf die Heimat. Denkverbote kennt sie nicht, Probleme nennt sie sofort beim Namen. Dafür lieben wir sie.<<

[Herbert Ludwig berichtete am 21. Juni 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über zukünftig drohende gewaltsame Auseinandersetzungen in Deutschland \(x963/...\): >>Bürgerkriege voraussehbar](http://HerbertLudwig.wordpress.com)

*"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."*

Helmut Schmidt (SPD) 1981

Die gezielte Massenmigration nach Europa durch UNO, EU und das Merkel-Regime, die seit 2015 den bereits vorhandenen Anteil kulturfremder und zum großen Teil muslimischer Menschen gewaltig erhöht hat und laufend weiter erhöht, führt unvermeidlich zu jetzt bereits beobachtbaren gesellschaftlichen Folgen, die die betroffenen Länder in den Zerfall und die Chaotisierung treiben müssen.

Es ist darüber hinaus absehbar, daß in der übergangenen einheimischen Bevölkerung gegen die größtenteils nicht integrierbaren, auch integrierunwilligen und teilweise immer aggressiver werdenden Ausländer, gegen die daraus folgende steigende Kriminalität und die wachsende Verarmung der eigenen Unterschichten zunehmend Aversionen und Aggressionen entstehen, die sich in tätlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen entladen werden.

### **Auseinandersetzungen der Einheimischen**

In der Frage der unbegrenzten und unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sind die Deutschen selbst tief gespalten. Noch hält eine Mehrheit unter dem Einfluß des Berliner Parteienkartells und der indoktrinierenden Mainstream-Medien die Aufnahme aus

"humanitären Gründen" für richtig. Ihnen steht eine wachsende Zahl von Kritikern gegenüber, die die globale Planung zur Zerstörung der Nationalstaaten und Auflösung der Völker durch kulturfremde und überwiegend muslimische Immigranten durchschauen, in deren Dienst die eigene Regierung und die meisten "Volksvertreter" offensichtlich tätig sind.

Doch es findet über diese lebensentscheidende Frage keine sachliche Auseinandersetzung statt. Die Kritiker werden medial in aller Breite als Ausländerfeinde, Rassisten, Nationalisten oder Faschisten diffamiert, von den Schlägertrupps der staatlich subventionierten "Antifaschisten" tätlich angegriffen und an Demonstrationen und Versammlungen gehindert, was - seit Jahren von der Polizei nur mühsam im Zaum gehalten - bereits Bürgerkriegscharakter trägt.

In dieser aggressiven Atmosphäre wird es sicher weiter zu wechselseitigen Radikalisierungen kommen. Auf der einen Seite werden sich die Zuwanderungskritiker immer mehr mit wachsenden Demonstrationen Luft verschaffen und in Teilen zu wirklicher Ausländerfeindlichkeit steigern, was auf der anderen Seite die Befürworter zu einem noch heftigeren Kampf gegen "rechts", "Intoleranz", "Nationalismus" und dergleichen anstachelt. So entsteht zunehmend ein allgemeines Klima des Hasses und des Kampfes der beiden Bevölkerungsgruppen gegeneinander.

Dabei wird aufgrund der eskalierenden Probleme die Gruppe der Zuwanderungs-Kritiker ständig zunehmen und ihre Gegner in die Minderheit drängen, *"die aber"*, so der Hamburger Philosoph Lars Grünewald, *"mit Hilfe der von den Eliten gesteuerten Medien sich weiterhin als 'Mainstream' und als 'Political Correctness' geltend machen und versuchen wird, die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch zu diffamieren und ihr eine im Grunde menschenfeindliche Gesinnung zu unterstellen."*

*Was die Gegner der Zuwanderungs-Kritiker, die sich solcher Praktiken bedienen, dabei tun, ist, systematisch wesentliche Bestandteile des Grundgesetzes auszuhebeln, nämlich den Artikel 4, der eine absolute Überzeugungsfreiheit jedes Menschen gestattet, den Artikel 5, der in weitestem Umfang die Äußerungsfreiheit jedes einzelnen Menschen garantiert, ferner den Artikel 8, der eine Versammlungsfreiheit gewährleistet für die unterschiedlichsten Bestrebungen, und den Artikel 9 der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit, seine Interessen auch gegen andere Interessen durch Zusammenschluß von Menschen zu vertreten."*

Sie werfen den Kritikern Intoleranz gegen Migranten vor, üben jedoch selbst gewaltsame Intoleranz aus und zerstören fundamentale Grundrechte der Demokratie, in die die Migranten angeblich doch integriert werden sollen. So zeigen sie diesen, daß ihre enthusiastischen Begrüßer mit den freiheitlichen Grundwerten selbst nichts am Hut haben und geben ihnen ein Vorbild, wie man sich in Deutschland durchsetzen kann. Und die geduldeten Antifa-Horden demonstrieren ihnen ständig mit Respektlosigkeit, Haß und tätlichen Angriffen nicht nur gegen friedliche Demonstranten, sondern auch gegen die Polizei des Staates praktische Anleitung zum Bürgerkrieg.

Gesamtgesellschaftlich beschreiten sie den Weg zu einer weiteren Variante des Totalitarismus, *"in dem andere Meinungsbekundungen und Aktivitäten als diejenigen, die im Mainstream liegen und der Richtung der Political Correctness, nicht mehr zugelassen und gesamtgesellschaftlich geächtet werden. Das wäre das Entstehen eines neuen Totalitarismus, eines Faschismus der "Gutmenschen" gewissermaßen. Auf der anderen Seite steht dem aber gegenüber ein Bevölkerungsanteil von zunehmender Größe, der solche Art der Behandlung schlicht nicht hinnehmen wird. Und damit laufen wir auf Verhältnisse eines inneren gesellschaftlichen Krieges zu."*

Dieser gesellschaftliche Krieg wird in einer unheilvollen Mischung aus Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche, Migranten gegen Deutsche und Migranten gegen Migranten bestehen. Letzteres ist bereits in den Zusammenstößen zwischen Türken und Kurden und in tätlichen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen sichtbar geworden.

## **Kein wirklicher Integrationsprozeß**

Das zentrale Problem besteht in einem fehlenden Integrationsprozeß für die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und Kultur derart, daß allmählich eine Identifizierung damit stattfände. Das ist schon durch die großen Massen völlig Kulturfremder, die in kurzer Zeit und ständig weiter ins Land gelassen werden, nicht möglich. Aber daß dies so geschieht, ist eben Ausdruck des Willens der die Deutschen beherrschenden Kreise, daß eine wirkliche Integration, die den Namen verdient, gar nicht stattfinden soll.

Der deutsche Politikwissenschaftler und Nahostexperte syrischer Herkunft Bassam Tibi, 36 Jahre lang Professor an der Uni Göttingen, kritisierte scharf den deutschen Integrationsbegriff. *"Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot."*

Dies ist der Ausgangspunkt für die entstandenen und weiter entstehenden Parallelgesellschaften. Die Ausländer bleiben weitgehend unter sich, im Dunstkreis ihrer eigenen kulturellen, vielfach mittelalterlichen Lebensformen und Gewohnheiten. Insbesondere der Islam, dem die meisten Migranten angehören, hält sie von vornherein zur Abschließung und zu einer gegnerischen Haltung gegen Christentum und freiheitlich-demokratische Lebensformen an.

Daher leben auch, wie Bassam Tibi aus seiner Beobachtung feststellt, 90 % der Muslime in Deutschland praktisch in Parallelgesellschaften. "Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören." Die anderen 10 % der Muslime sind beruflich und gesellschaftlich deshalb eingegliedert, weil sie dem Islam zwar von Geburt noch angehören, sich aber innerlich davon emanzipiert haben oder überhaupt areligiös geworden sind.

Scharfe Kritik übt Tibi an der Deutschen Islam-Konferenz, die er als eine "Veranstaltung der Unehrllichkeit" bezeichnete. Sie sei "deutsche Unterwerfung". Der Staat kapitulierte vor dem Islam. Die Deutschen führten einen Dialog mit nur vier Verbänden, die alle *"aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind"*. Liberale Muslime seien ausgeschlossen worden. Inhaltlich gehe es nicht um eine Integration von Muslimen, um Sicherheit und Zuwanderung, sondern um die Minderheitenrechte des organisierten Islam.

Aus den Parallelgesellschaften haben sich bereits und entwickeln sich weiter sogenannte "No-go-Areas", Stadtteile mit überwiegender Migrantenbevölkerung, die, mitbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten von Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel und von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit werden.

Es sind quasi rechtsfreie Räume, in denen keine öffentliche Sicherheit mehr besteht, auch nicht mehr gewährleistet werden kann, in die sich die Polizei, wenn überhaupt, nur noch mit einem großen Aufgebot hineinwagt. Aber auch schon die Aufnahme- oder Flüchtlingsheime bilden durch die Beschäftigungslosigkeit, Langeweile und Perspektivlosigkeit der überwiegend jungen, kräftigen Migranten wachsende Stätten der Unruhe, Gewalt und Kriminalität, sowohl teilweise untereinander, als auch und vor allem gegen die deutsche Bevölkerung.

## **CIA-Studie**

Die Perspektive von Bürgerkriegen werden viele sicher noch für weit übertrieben halten. Aber es kommt darauf an, die Dinge nüchtern ins Auge zu fassen. Bereits in seinem 2009 erschienenen Buch "Vorsicht Bürgerkrieg!" stellte Udo Ulfkotte eine Fülle von belegten Fakten zusammen, die alle auf kommende Bürgerkriege zulaufen.

So erwähnte er (S. 129 ff.) auch unter anderen Geheimdienst-Studien eine solche des CIA, aus der CIA-Chef Michael Hayden in einer Rede in der Kansas State University einiges publik machte, worüber die Washington Post am 1.5.2008 berichtete. Der CIA-Chef wird mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölke-

rungsgruppe zu verzeichnen haben, deren Integration die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen würden.

*"In dem Bericht wird die "Unregierbarkeit" vieler europäischer Ballungszentren "etwa um das Jahr 2020 herum" prognostiziert. In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes - namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs.*

*Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien. Die Studie spricht von "Bürgerkriegen", die Teile der vorgenannten Länder "unregierbar" machen würden. Hintergrund der Studie sind Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille von Teilen der Zuwanderer, die sich rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" erkämpfen und diese gegenüber allen Integrationsversuchen auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Die CIA behauptet vor diesem Hintergrund, daß Teile Europas "implodieren" und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form wohl auseinander brechen werde.*

*Die CIA ordnet schwere Jugendunruhen, wie sie sich in den letzten Monaten in französischen Vorstädten, in den Niederlanden, in Dänemark, Großbritannien und Schweden ereignet haben, als "Vorboten" dieser kommenden Bürgerkriege ein. In den kommenden Jahren werde die Kriminalität unbeschäftigter Kinder von Zuwanderern steigen, die steigenden Sozialausgaben der europäischen Staaten würden nicht reichen, um diese Bevölkerungsgruppe dauerhaft ruhig zu stellen.*

*Die CIA-Studie weist darauf hin, daß schon jetzt in einigen europäischen Staaten bis zu 70 Prozent der inhaftierten Straftäter (beispielsweise in Spanien wie auch in Frankreich) aus dem islamischen Kulturkreis stammen. Europa werde von einem beachtlichen Teil der Migranten als schwach und dem Untergang gewidmet gesehen. Die Gesetze, Werte und Normen würden nicht anerkannt. Damit steige das Unruhepotential für die kommenden Jahre beachtlich."*

### **Gegenwart**

Die Dinge haben sich mit der Massenflut von 2015/16 ja gewaltig weiterentwickelt, wie jeder täglich insbesondere in den alternativen Medien des Internets lesen kann. Auch die No-go-Areas, die bereits 2008 von erfahrenen Polizisten als "tickende Zeitbomben" bezeichnet wurden, sind nicht entschärft, sondern haben - um im Bilde zu bleiben - weiteren Explosionsstoff und größere Zünder erhalten. Inzwischen kommt es schon zu Zusammenrottungen moslemischer Jugendbanden außerhalb ihrer Viertel gegen die Polizei wie kürzlich in München, die der davon berichtende Blog "Le Penseur" "Vorboten des Bürgerkrieges" nennt.

Auch rotten sich bereits neu angekommene Migranten in Flüchtlingsheimen gegen die Polizei zusammen, wie es in der Nacht zum 1. Mai in Ellwangen geschah, wo rund 200 Afrikaner drei Streifenwagenbesetzungen der Polizei unter massiver Gewalt dazu zwangen, einen verhafteten Togolesen wieder freizulassen, sich zurückzuziehen und den Schlüssel für die Handschellen herauszugeben. *"Ellwangen stellt einen Wendepunkt dar: Migranten verbünden sich gegen einen Staat, der sie aufgenommen hat und großzügig versorgt"*, notierte das Internet-Magazin "Tichys Einblick" unter der Überschrift: "Ist das erst der Anfang?"

In einer Dresdener Erstaufnahmeeinrichtung gingen am 17. Mai 2018 wegen des Essens etwa 25 Bewohner auf den Sicherheitsdienst los. Die Security-Mitarbeiter wurden mit Steinen, Betteln, Stühlen, Tischbeinen und Messern angegriffen. Drei Wachmänner wurden verletzt und mußten ärztlich versorgt werden. Ein Sicherheitsmann kam mit Stichverletzungen ins Krankenhaus.

Gleichzeitig wird aus Griechenland berichtet, daß sich vor allem in Athen immer mehr Mi-

granten zusammenrotten oder sich bereits bestehenden Banden anschließen und sich Waffen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Der Grund dafür sei, daß viele kaum noch Hoffnung auf eine Ausreise in ein anderes EU-Land haben und keine Chance auf ein besseres Leben in Griechenland sehen. Die Polizei sei mit der sich zuspitzenden Lage völlig überfordert.

Die Kriminalität der Zugewanderten hat laufend zugenommen. Die Zahl der "Straftaten gegen das Leben" durch die in den letzten Jahren ca. 1,6 Millionen Zugewanderten hat sich seit 2013 vervierfacht, von 113 auf 447. Die Zugewanderten, die einen Anteil von 2 % an der deutschen Bevölkerung ausmachen, stellen jetzt 15 % der Mörder und Totschläger, also 7,5 mal mehr als ihrem Anteil entspricht.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der "Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung" durch Zuwanderer verneunfacht, von 599 auf 5.258. Allein gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sexualverbrechen durch Zuwanderer 2017 um 54 % zugenommen, von 3.404 auf 5.258. Dabei werden aber nach Expertenschätzung 90 % der Sexualdelikte nicht angezeigt. Bei den erfaßten Sexualtätern stellten die Zuwanderer 11,9 % der Täter.

Laut einer weiteren aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts gab es 2017 knapp 40.000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich "Schutzsuchende" - fast sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Das heißt, durchschnittlich werden pro Tag über 100 Bürger Opfer von Verbrechen, die von Zuwanderern begangen werden.

Polizei und Justiz sind heillos überfordert. Wegen dramatischen Personalmangels, der sich noch erheblich verstärken wird, stauen sich die Ermittlungsverfahren, viele werden wegen "Geringfügigkeit" eingestellt, und die Gerichte urteilen vielfach außerordentlich milde mit "Migrantenbonus" - zum Vergnügen der Migranten, das sich mit Geringschätzung mischt.

Wenig beachtet wird das Gewalt- und Bürgerkriegspotential der über die offenen Grenzen einmarschierten islamischen Terroristen, deren genaue Zahl unbekannt ist. Der Verfassungsschutz rechnete laut Focus bereits 2016 mehr als 43.000 Menschen zur "islamistischen Szene" in Deutschland, eine Zahl, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist - vor allem durch den starken Zulauf bei der Gruppe der Salafisten, einer besonders fundamentalistischen Strömung innerhalb des Islam, der rund 8.650 Leute zugerechnet wurden.

Etwa 1.100 Menschen in Deutschland ordnete man dem "islamistisch-terroristischen" Spektrum zu, darunter fast 500 sogenannte Gefährder - also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, daß sie einen Terrorakt begehen könnten. Inzwischen wird die Zahl der Gefährder mit mehr als 720 angegeben.

Zudem wächst aus den Schulen ein riesiges Gewaltpotential nach. Immer mehr total überforderte Lehrer beklagen *"schlimmste soziale Verhältnisse"* und daß vielfach an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Insbesondere die meisten muslimischen Familien schotten sich völlig ab. Diese Eltern halten ihre Kinder nicht zum Lernen und zum Respekt vor ihren Lehrern an. Mobbing und Gewalt gegen deutsche Schüler und sogar psychische und physische Gewalt gegen Lehrer nehmen laufend zu.

Was auf uns zukommt, kann in Schweden bereits beobachtet werden.

*"Schwedens Polizeichef hat schon mehrfach betont, daß die Polizei machtlos sei gegen die Überzahl der in Schweden lebenden gewalttätigen Moslems, und schwedische konservative Politiker haben zugegeben, daß der schwedische Staat nicht mehr Herr im eigenen Land ist. ... Der Vorort Rinkeby in Stockholm gilt zusammen mit den Bezirken Husby und Tensta und bestimmten Bereichen Malmös zu den schlimmsten No-Go-Zonen in Schweden. Dort ist inzwischen der Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten alltäglich. Hauptsächlich leben in allen No-Go-Zonen Migranten. Es herrschen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und Gewalt."*

*"Rinkeby ist wie ein Kriegsgebiet. Wenn die Polizei dort arbeitet, tut sie das, wie die bewaffnete Armee es tun würde",* sagte die schwedische Staatsanwältin Lisa Tamm. *"Ich habe mir*

*die Frage gestellt, wie haben sie es in Kolumbien geschafft, die FARC Guerilla zu besiegen und in El Salvador, den Krieg zu beenden. Oder in allen anderen Teilen der Welt, in denen sie so große Probleme über viele, viele Jahre hatten. Gibt es da irgendeine Lösung. Man muß über den Tellerrand hinausschauen".*

### **Was bedeuten Bürgerkriegszustände?**

Die Zustände in den "No-go-Areas" und die darüber hinaus sich ausbreitende Radikalisierung und Kriminalisierung haben zur Folge, daß weite Teile des Landes, wie es in der CIA-Studie heißt, "unregierbar" werden. Das heißt, daß Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht mehr in der Lage sind und - auch aus Überlastungsgründen - immer weniger in der Lage sein werden, alle Straftaten zu verfolgen und zu ahnden. Es entstehen also rechtsfreie Räume, in denen kriminelle Handlungen beliebig und ungestraft möglich sind. Das bedeutet den Verlust der Rechtssicherheit für die in diesen Gebieten lebenden Menschen und praktisch den lokalen Zusammenbruch des Rechtsstaates.

Der Hamburger Philosoph Lars Grünewald malt das wahrscheinliche Szenario wie folgt aus:

*"Wo aber der Rechtsstaat zusammengebrochen ist, da wird es zu wahllosen Plünderungen und Ausschreitungen kommen, und es wird sich die gesamte in den vergangenen Jahrzehnten aufgestaute und durch Armut und Perspektivlosigkeit hervorgerufene Aggression vieler der betroffenen Menschen entladen.*

*Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen hatten sich ja bisher darauf verlassen können, daß der Rechtsstaat solche Straftaten verhindert oder, falls sie begangen worden sind, entsprechend ahnden wird. Und der gesamte Gesellschaftsvertrag beruht ja darauf, daß der einzelne Mensch seine Rechte auf Durchsetzung seiner persönlichen Interessen und auf Ahndung des an ihm begangenen Unrechts an den Staat abtritt, indem er sich darauf verläßt, daß der Staat seine Rechte durchsetzen wird.*

*Wenn der Staat das aber nicht mehr tut, dann fällt die Exekutive an den einzelnen Menschen zurück, er wird sich seiner Haut und seines Besitzes selber erwehren müssen, und dabei wird es zu zahlreichen Fällen von Lynchjustiz, massenhafter Sippenverfolgung und ähnlichen Auseinandersetzungen kommen. Denn die angegriffenen Menschen werden sich nicht wehrlos ausbeuten und abschlachten lassen, sondern sie werden versuchen, sich dagegen so gut und so effizient wie möglich zu wehren. Und dabei wird jedes Differenzierungsvermögen der Betroffenen innerhalb einer solchen Atmosphäre der Aggressivität, eines solchen Bürgerkrieges, verloren gehen.*

*Dabei werden sich die bisher existierenden Fronten durchmischen und aufbrechen und als weitgehend irrelevant herausstellen. Denn es kommt dann bei solchem allgemeinen Chaos und solcher allgemeinen Aggressionsentladung nicht mehr darauf an, ob jemand Deutscher oder Ausländer, oder ob er Ausländerfeind oder Ausländerfreund ist. Der gemeinsame Gegner solcher Unruhen, die massenhaft entstehen werden, wird das deutsche Wohlstandsbürgertum und wird der Staat sein.*

*Denn das Wohlstandsbürgertum steht für Reichtum und Staat steht für Ordnung. Und Menschen, die selber in Armut und Chaos gestürzt sind, werden eine starke Tendenz dazu haben, sich an den Exponenten dessen, was ihnen vorenthalten worden ist, zu rächen und die entsprechenden Strukturen zerstören. Wenn die bürgerkriegsartigen Zustände erst erreicht sein werden, dann wird es in gar keiner Weise mehr um ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen gehen, sondern um einen schlichten Aufstand der Armen und der unteren Schichten gegen die Reichen und Etablierten."*

### **Der Staat bereitet sich vor**

Natürlich macht sich der Staat Gedanken über diese Entwicklung. Udo Ulfkotte berichtete, daß die deutschen Sicherheitsbehörden genaue Listen über die potentiellen Unruhegebiete führen würden.

*"Der Autor hat die komplette Liste mit allen Untergliederungen der deutschen Sicherheitsbehörden einsehen dürfen. Es sind explosive Gebiete, auch wenn viele ... derzeit noch völlig ruhig ... erscheinen mögen. ... Im Bundeskanzleramt bezeichnet man die dicken Mappen intern als den 'Atlas der Wut'. In diesen Listen gibt es fettgedruckte Namen. Dort werden 'soziale Unruhen' und wütende Krawalle aus Sicht der Sicherheitsbehörden in absehbarer Zeit für 'wahrscheinlich' gehalten. ... Solche Listen gibt es übrigens in jedem europäischen Land."*

Doch man beläßt es nicht beim Beobachten. Wie die EU-Kommission und alle EU-Staaten bereitet auch die deutsche Exekutive Polizei- und Bundeswehreinheiten auf innere Unruhen vor. So berichte focus.de: *"Bundeswehr und Polizei üben erstmals gemeinsam Abwehr von Terrorangriff"*, was natürlich zugleich auch Vorbereitung auf größere innere Unruhen bedeutet.

Die Bundeswehr läßt seit 2012 in Schnöggersburg, einer ehemalige Dorf- und Forststelle in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine Übungsstadt für den Stadt- und Häuserkampf errichten (Wikipedia).

*"In der Übungsstadt Schnöggersburg bereitet sich die Bundeswehr mit schwerem Geschütz nicht nur auf diverse Auslandseinsätze vor, sondern auch auf Häuserkämpfe und Straßenschlachten im Inneren. Offenbar hält man Bürgerkriegsszenarien nicht für unrealistisch"*, berichtete kürzlich RT-Deutsch.

Auch *"die EU rüstet sich gegen innere Unruhen. Im italienischen Vicenza werden paramilitärische Einheiten für Auslandseinsätze ausgebildet. Aber seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dürfen diese Einheiten auch innerhalb der EU eingesetzt werden - und zwar bei 'vom Menschen verursachten Katastrophen'"*, meldete der Schweizer Rundfunk. ...

*"Was eine von Menschen verursachte Katastrophe denn sei, haben dann die EU-Außenbeauftragte Cathrine Ashton und die EU-Kommission in einem Papier von 2012 folgendermaßen dargelegt: "Jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann." Bekanntlich haben auch Streiks Auswirkungen auf Vermögenswerte."*

Ist es nicht merkwürdig, daß die Regierung nicht alles tut, um die Ursachen für die Konflikte zu beseitigen, also die unkontrollierte Massenmigration zu stoppen, in den Problemzonen aufzuräumen und die Armut an der kapitalistischen Wurzel zu bekämpfen, sondern daß sie beobachtet und die Konflikte sich entwickeln läßt, um dann mit Gewalt einzugreifen?

Wenn solche Bürgerkriegszustände ausgebrochen sind und die Polizei nicht Herr der Lage werden kann, wird der Einsatz des Militärs erfolgen, und wenn das eigene Militär der einzelnen Staaten nicht ausreicht, das der (US-geführten) Nato. Daraus wird dann vermutlich eine straffe Neuordnung hervorgehen, in der das Risiko zukünftiger Unruhen zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen minimiert wird. Dem wird ein starkes Bedürfnis der gebeutelten europäischen Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand entgegenkommen.

### **Totalitäre Neuordnung**

Es ist zu erwarten, daß eine versteckt totalitäre Neuordnung errichtet werden wird, die neben Ruhe und Ordnung Brot und Spiele für alle garantiert, damit nicht aufgrund zu großer Längeweile und seelischer Leere wieder neue Unruhen entstehen. Lars Grünwald erwartet:

*"Nach einer Phase der Destruktivität und des allgegenwärtigen Chaos wird es weiten Teilen der Bevölkerung leicht plausibel zu machen sein, daß die Gefahr für politische und gesellschaftliche Stabilität einerseits und wirtschaftlichem Wohlstand andererseits im wesentlichen von der Äußerungsfreiheit und der Betätigungsfreiheit der Menschen ausgeht."*

*Man wird also Sorge dafür tragen müssen, daß diese Äußerungs- und Betätigungsfreiheit so weit eingeschränkt wird, daß von ihr keine Bedrohung mehr für die gesellschaftliche Stabilität ausgeht"*

*Das bedeutet aber die nahezu vollständige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Menschen und damit die Abschaffung einer jeglichen, auf Individualismus gegründeten Kultur. Und das ist auch das überragende strategische Ziel der zentralen Kreise der politischen und wirtschaftlichen Steuerungs-Eliten.*

*In einer weitgehend monopolisierten Wirtschaft wird es dann auch zur Einführung eines Grundeinkommens kommen müssen. Denn wenn eine konkurrenzbasierte Wirtschaft nicht mehr möglich ist, dann muß es eine Zuteilungswirtschaft geben, die durch staatliche Verfügung dafür sorgt, daß die einzelnen Menschen nicht verhungern - mit Ausnahme der politischen Gegner.*

*Denn wenn der Staat erst einmal das wirtschaftliche Instrument zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung in seiner Hand hat, dann wird er es gezielt einsetzen, um seinen Systemgegnern die Lebensgrundlage zu entziehen und sie ebenso gezielt verhungern zu lassen. Und auch eine solche Sanktionierung wird bei weiten Teilen der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen."*

Der erste Schritt, diese voraussehbare Entwicklung zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, kann nur darin bestehen, genügend Bürger davon zu überzeugen, daß die systemtragenden Altparteien im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit mehr erhalten, und nach Möglichkeit bereits vor der nächsten Wahl den Bruch der jetzigen Regierungskoalition und Neuwahlen herbeizuführen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. Juli 2018: >>**Rückzugsgefecht der Gesinnungstaliban**

Die *Zeit*-Redakteurin Mariam Lau erlebt gerade einen Shitstorm übelster Art. Ausgelöst wurde er durch ihre Stellungnahme zu den sogenannten Seenotrettern im Mittelmeer. Auf der dritten Seite der Hamburger Wochenzeitung hielt sie fest, daß die NGO-Aktivisten nichts zur Problemlösung beitragen.

Im Gegenteil, sie seien fest eingeplante Akteure im Geschäftsmodell der Schlepper. Die Schiffbrüchigen hätten zwar Anspruch auf Rettung, aber nicht auf ein Zielland ihrer Wahl. Die NGOs handelten aus angemaßter moralischer Überlegenheit heraus, ohne einen Gedanken an die Folgen ihres Tuns zu verschwenden.

#### **Angebot für eine längst fällige Debatte**

"Stellen wir uns für zwei Minuten vor, wo Europa jetzt stünde, wenn man dem Drängen der Menschenrechtsorganisationen nach Legalisation aller Wanderungsbewegungen, ob Flucht oder Armutmigration, nachgegeben hätte. Nach einem Europa ohne Grenzen. Eine Million, zwei Millionen, drei Millionen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die letzte demokratische Regierung fällt?"

So weit, so bekannt. Der Text ist maßvoll in der Form und in der Sache. Er ist Angebot für eine längst fällige Debatte. Die abschließende Frage müßte man allerdings zuspitzen: Wie lange würde es dauern, bis auch die letzten europäischen Metropolen zu Kalkutta geworden sind, mit allen sozialen, kulturellen, zivilisatorischen Konsequenzen?

In der *Süddeutschen Zeitung* reagierte Heribert Prantl erwartbar aufgebracht wie sachfremd: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieser Satz muß der sicherste aller sicheren Sätze sein und bleiben." Repräsentativ für die Reaktionen auf Twitter ist der Tweet, den der Chef der Satire-Zeitschrift *Titanic*, Tom Wolff, abgesetzt hat: "Wer bei der *Zeit* arbeitet und nach diesen Sätzen von Mariam Lau ... ihr nicht täglich brühend heißen Kaffee ins Gesicht kippt, ist für mich moralisch gestorben."

#### **Frustration und Desorientierung des Juste milieus**

Bernd Ullrich, Stellvertretender Chefredakteur der *Zeit* und grüneingefärbter Linksausleger, zeigte sich geschockt über die aggressiven Rückmeldungen. "Ich habe heute am eigenen Leib mitbekommen, wie es ist, wenn die flüchtlingsfreundliche Gemeinde ins Gefecht zieht. ,Arsch

offen, Zeit-Redakteure töten? Zivilisationsbruch, die *Zeit* aus dem Diskurs raus, mit Kaffee verbrühen, maßlose Enttäuschung'."

In einem zweiten Tweet ergänzte er: "Ich kann besser erspüren, warum Leute aus Trotz weiter nach rechts gehen. Ich bin kein fragiles Gemüt, bei mir wird das nicht passieren. Aber man sollte schon mal überlegen, ob Humanismus mit nichthumanem Sprechen erreicht werden kann. Gute Nacht Freude".

In der enthemmten Sprache entladen sich die Frustration und die Desorientierung des Juste milieus, deren Leitorgan die *Zeit* nach wie vor ist. Dieses Milieu ahnt, daß seine hypermoralische Haltung zu einer suizidalen Gefahr geworden ist, möchte diese Einsicht aber noch von sich schieben, auch weil das Eingeständnis mit einem Prestige-Verlust verbunden wäre.

Okay. Beitrag zur Versachlichung: Ich möchte natürlich NICHT "Zeit-Journalisten" auf offener Straße erschießen - sondern irgendwo im Mittelmeer, auf internationalen Gewässern, wo keiner so genau hinschaut und die rechtliche Lage eine andere ist.

- Tim Wolff (@titatimwo) Juli 12, 2018

### **Bevölkerungsexplosion in Nigeria**

Einige reagieren darüber hinaus mit Verhärtung und der Radikalisierung ihrer Gesinnungsethik. Jede Abweichung von der reinen Prantl-Lehre, Zweifel, Kritik, der Appell an die Verantwortungsethik, gelten ihnen als Verrat. Und Verrätern schüttet man heißen Kaffee ins Gesicht. Mindestens!

Aus der Distanz betrachtet, handelt es sich bei diesem medialen Aufruhr um - kalten Kaffee. Der Gewaltforscher Gunnar Heinsohn hat kürzlich wieder eine Rechnung aufgemacht: Nigerias Bevölkerung ist seit 1950 von 40 auf 200 Millionen Menschen angestiegen, von Platz 14 der bevölkerungsreichsten Nationen auf Platz 3. Deutschland ist in dieser Zeit von Platz 7 auf Platz 24 gefallen.

Die attraktiven Weide- und Ackerflächen im Land sind längst knapp geworden. Außerdem hat Nigeria gegen die überlegene asiatische Konkurrenz 40 Prozent seiner Industrieproduktion eingebüßt. Bis 2050 werden sogar 410 Millionen Einwohner erwartet.

### **Ein Hoffnungsschimmer**

Der Bürgerkrieg um die fruchtbaren Flächen richtet sich momentan gegen die Christen, doch auch innerhalb der Religionsgemeinschaften werden Konfliktlinien aufbrechen, denn: "Durchgehend müssen 4.500 bis 5.000 Jünglinge von 15 bis 19 Jahren um die Positionen und Ländereien von 1.000 Männern zwischen 55 und 59 Jahren kämpfen. Vorwände für Gewalt finden sich dann allemal auch zwischen Verehrern derselben Gottheit."

Allein in Nigeria werden also zig Millionen persönlicher Fluchtgründe generiert, die Europa weder vor Ort beheben noch bei sich befrieden kann. Die gesinnungsethischen Taliban in der Bundesrepublik werden sich durch solche Berechnungen keineswegs beeindruckt lassen. "Die Menschen sprengen sich für Allah in die Luft - weshalb sollen sie dann nicht ihre Gesellschaft für die Menschenrechte zerstören?" fragte Rolf Peter Sieferle in seiner Studie "Das Migrationsproblem". Wenn eine profilierte *Zeit*-Redakteurin dagegen die Stimme der politischen Vernunft erhebt, ist das ein Hoffnungsschimmer.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/15-17): >>Das Leid unserer Schüler

\_von Rüdiger Lenhoff

Der schleichende Volksaustausch begann in den Kreißsälen und ist längst auch in Kitas und Schulen sichtbar geworden. Vielerorts sind deutsche Kinder bereits deutlich in der Minderheit. Das hat gravierende Auswirkungen auf das ganze Land.

Einige Jahre vor dem durch Angela Merkel ausgelösten Zuwanderungs-Tsunami schrieb der Genozid- und Zivilisationsforscher Gunnar Heinsohn: "Im Jahr 2005 gebären die Migranten

und Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von nur 19 Prozent bereits 35 Prozent der in Deutschland geborenen Babys. Wenn diese Kinder geschlechtsreif werden und ihren überdurchschnittlichen Geburtenanteil von 2005 halten, dann werden schon 2025 von 100 Neugeborenen 65 Migranten und Ausländer sein. Niemand wird diesen Nachwuchs bei seinem Weg durch Kindergärten und Schulen in eine Minderheitenposition drängen können."

Lange wird es nicht mehr dauern, bis die Abstammungsdeutschen zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Laut dem Statistischen Bundesamt stieg die Geburtenzahl im Jahr 2016 auf 792.131 und damit im Vorjahresvergleich um sieben Prozent. Demnach haben Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Schnitt drei Prozent mehr Kinder bekommen, Frauen anderer Nationalitäten aber 25 Prozent mehr.

In absoluten Zahlen wurden 184.660 Kinder mit ausländischen Wurzeln geboren, darunter 21.800 Kinder türkischer und 18.500 syrischer Mütter. Es versteht sich von selbst, daß unter den rund 607.500 Kindern von Müttern deutscher Staatsangehörigkeit wiederum auch viele einen Migrationshintergrund haben. Insgesamt lag die Geburtenrate 2016 bei 1,59 Kindern je Frau. Bei Frauen mit deutschem Paß waren es 1,46, bei ausländischen Frauen jedoch 2,28 Kinder pro Frau.

Im ganzen Land stellten Nicht-Deutsche schon 2015 - also vor der Ankunft der quasi neuen Flüchtlinge - an allgemeinbildenden Schulen 33 Prozent. Da der Osten und ländliche Gebiete im Westen bei diesem Querschnitt mitgerechnet werden, darf man sich nicht wundern, wenn die Situation in den westdeutschen Metropolen bereits gekippt ist:

In Stuttgart hatten in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen schon 2011 laut Zensus 50,6 Prozent einen Migrationshintergrund, in Nürnberg 50 und in München 46,8 Prozent. Nach der Grenzöffnung durch die Kanzlerin im September 2015 galoppiert die Verdrängung:

Seit Juni 2017 ist es amtlich, daß in Frankfurt die Deutschen nicht nur unter Jugendlichen (wie laut Zensus 2011), sondern jetzt auch in der Gesamtbevölkerung zu einer Minderheit geworden sind - ihr Anteil liegt nur noch bei 48,8 Prozent.

Kalifat NRW

Optisch sichtbar wurde dieser Bevölkerungsaustausch Mitte Juli 2017 in der Bild-Zeitung unter der zynischen Überschrift "Deutsche Erfolgsgeschichte" - ein Foto des Abiturjahrgangs der Theodor-König-Gesamtschule in Duisburg-Beeck (NRW). Von 25 Mädchen tragen 13 Kopftuch und bodenlange Kaftane. Von den übrigen Teenagern, männlich wie weiblich, dürften gerade einmal zwei bis drei Deutsche sein. Nur eine Blondine ist zu sehen.

In Duisburg sind die Mehrheitsverhältnisse schon gekippt: An 26 der 76 Grundschulen in der Industriemetropole liegt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln bei über 75 Prozent, bei 13 von ihnen sogar bei 90 bis 100 Prozent. Das geht aus einer Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. In 932 der 2.750 öffentlichen Grundschulen an Rhein und Ruhr liegt der Anteil von Schülern mit ausländischer Herkunft bei mindestens 25 Prozent. An drei Vierteln dieser Brennpunktschulen haben sogar 50 bis 75 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.



Die AfD-Fraktion im NRW-Landtag schlägt deswegen Alarm. Ihr schulpolitischer Sprecher Helmut Seifen warnt: "An vielen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil deutscher Kinder in einer Klasse auf weniger als ein Viertel zurückgegangen." Dort sei ein "sich eklatant ausbreitender Bildungsnotstand" zu beklagen. PISA-Studien hätten ergeben, daß der Lernerfolg aller Schüler einer Klasse dramatisch abnehme, wenn der Einwandereranteil 20 Prozent übersteige. Der ehemalige Gymnasialdirektor fordert verbindliche Grundstandards: "Kinder werden nur in die Schule aufgenommen, wenn sie die Landessprache soweit beherrschen, daß sie ohne weiteres in der Lage sind, dem Unterricht folgen zu können."

Ein geregelter Unterricht ist kaum möglich, wenn kein einheitliches Sprachniveau besteht.

Nicht besser sieht die Lage in Hamburg aus: Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien bei über 45 Prozent. Das ergab eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf. An 65 der etwas mehr als 400 Schulen machen Kinder mit ausländischen Wurzeln 70 Prozent aller Schüler aus, an 21 betrug ihr Anteil über 80 Prozent, an einer sogar über 90 Prozent.

Während die Quote fremdstämmiger Schüler an den Hamburger Gymnasien 37,3 Prozent beträgt, stellen diese an staatlichen Grundschulen mit 49,3 Prozent fast die Hälfte. AfD-Politiker Wolf beklagt: "Die Zahlen zeigen, wie rasant und dramatisch sich die Zusammensetzung unserer Stadtgesellschaft verändert. Wie kann an Schulen mit mehr als 70, 80 oder 90 Prozent Migranten Integration noch gelingen, und wer integriert hier wen?"

Archaische Stammeskämpfe

Auch an 158 von 359 Berliner Grundschulen beträgt der Schüleranteil mit ausländischen

Wurzeln mehr als 50 Prozent. 27 Grundschulen haben einen Migrantenanteil von 90 Prozent und mehr. An weiteren 39 Grundschulen liegt ihr Anteil zwischen 75 und 90 Prozent. Das erfragte der Berliner AfD-Abgeordnete Herbert Mohr bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. "An den betroffenen Schulen kann das Merkel-Motto "Wir schaffen das" nur noch als Hohn empfunden werden. Diese Aufgabe ist nämlich nicht zu schaffen", sagt Mohr. Ein geregelter Unterricht sei kaum noch möglich, wenn Lehrer ihre Schützlinge überhaupt erst auf ein einheitliches Sprachniveau bringen müßten.

Beispiele aus der Praxis liefert das aktuelle Buch *Lehrer am Limit* von Ingrid Freimuth, die seit 1976 insgesamt 40 Jahre an Schulen im Rhein-Main-Gebiet unterrichtete. Besondere Schwierigkeiten bereiteten ihr junge Orientalen mit ihren im "Machotum verkapselten Persönlichkeiten". Die Verkapselung habe einen kulturell-politischen Hintergrund: Diese Kinder und ihre Familien kommen aus archaischen Gesellschaften, in denen es keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt.

Der Einzelne kann nur überleben, wenn er Stärke zeigt und potentielle Rivalen und Gegner unterwirft. So entsteht eine pyramidale Machtstruktur mit Alpha-Typen an der Spitze. Wenn die so Sozialisierten dann auf Lehrer treffen, die ihnen als Schwächlinge erscheinen, die keine Autorität ausstrahlen, geschweige denn durchsetzen können, wissen sie:

Hier herrscht, wie in ihrer Heimat, ein Machtvakuum. Schützen können sie sich nur, wenn sie die ihnen bekannte archaische Ordnungsstruktur aufbauen und sich darin eine möglichst starke Stellung sichern. Also sind sie pausenlos mit Statuskämpfen beschäftigt. Freimuth faßt zusammen:

"Diese Schüler gehören zur Spezies der Machos, dessen rigides Ego für ihn selbst das schlimmste Lernhindernis ist. Seine beträchtliche Energie richtet sich nach außen in dem Bestreben, "Respekt" zu erheischen für seine Vorstellung der eigenen unantastbaren Ehre ... Wer anderen Vorschriften macht, ist ihr Chef. Also strengt sich der Macho fast ausschließlich dafür an, Vorschriften zu machen - und zwar so sehr, daß ihm keine Energie mehr zum Lernen bleibt."

Bei der Rudelbildung spielt übersteigerter Nationalismus eine große Rolle - während den deutschen Schülern ständig nationaler Masochismus gepredigt wird: "Die türkischen Schüler trugen die türkische Fahne als Abzeichen auf Jacken. Sie malten immerzu die türkische Fahne auf alles, was sich nicht bewegt. Sie riefen und schrieben bei allen Gelegenheiten: "Ich bin stolz, Türke zu sein." Sie saßen kampfbereit in schwarzen Lederjacken in der Klasse und hielten sehr oft alle Hellhaarigen in Schach - das waren hauptsächlich Deutsche und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien."

Flucht auf Privatschulen

Wie der Unterricht zum Spießrutenlauf für unsere Kinder verkommt, dokumentierte Der Tagesspiegel im März 2018 anhand eines Hilferufs eines Berliner Schülers: "Ich gehe in die siebte Klasse auf ein Gymnasium in Schöneberg. Dort werde ich ausgegrenzt, weil ich Deutscher bin und Schweinefleisch esse. Es wird auf Türkisch und Arabisch über mich gelästert. Auf Deutsch werde ich als Hurensohn oder gefickte Hure beschimpft. Außerdem werde ich ab und zu geschlagen und getreten. Wenn ich anderen Jungen zu nahe komme, beschimpfen sie mich als schwul und treten mich. Mädchen werden in meiner Klasse als Schlampen bezeichnet, wenn sie schulterfreie Shirts tragen. Ich versuche seit vielen Monaten, die Schule zu wechseln, finde aber keinen freien Schulplatz."

Finanziell bessergestellte Deutsche - darunter bezeichnenderweise auch viele linksliberale Gutmenschentypen - schicken ihre Kinder deshalb lieber auf Privatschulen mit geringeren Migrantenproblemen. Einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge besuchten im Schuljahr 2015/16 743.534 Schüler in Deutschland eine von rund 3.600 all-gemeinbildenden privaten Schulen. Das entspricht etwa neun Prozent aller Schüler und einer

Verdopplung des Anteils seit 1992.

Die Verfasser resümieren: "Erscheinen öffentliche Schulen ... überfordert, könnte sich der Trend zu privaten Schulen, könnten sich Segregationstendenzen verstärken." Die Vorböten des Staatszerfalls in den Klassenzimmern sind unübersehbar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. September 2018:

>>**Volksaustausch: Schäuble glaubt nicht, "daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können"**

Mit der Wahrheit lügen ... Wolfgang Schäuble erklärt den Volksaustausch zur Naturgewalt, an der man nichts ändern könne. In einem Zeitungsinterview sagte er gestern wörtlich: "Wir sollten auch klarmachen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben. Deswegen sollten wir auch nicht allzu stark die Hoffnung schüren, daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können. Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren."

Schäuble will uns verhöhnen. Es gibt eine halbe Million Illegale hier, die ausreisepflichtig sind. Die Schwierigkeit, sie abzuschieben, ist keine objektive - sondern Ihr, die Politiker, bildet diese Schwierigkeit. Die ganzen echten und falschen Syrer, und das können gut und gerne eine Million sein - Assad würde sie mit Kußhand zurücknehmen, da weite Teile des Landes längst befriedet sind! Aber Ihr wollt sie ja unbedingt hierbehalten ... Noch dreister: Selbst Gefährder, die schon abgeschoben wurden, holt Ihr wieder zurück - siehe der Leibwächter von Bin Laden ...

Was Schäuble und Co. als Sachzwang verniedlichen, ist der von ihnen geplante Volksaustausch. Dazu schrieb ich im gleichnamigen Sonderheft von COMPACT: "Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt. - Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?"

COMPACT-Spezial Nr. 18 "Volksaustausch - Geburtenabsturz und Überfremdung" nennt die Verbrechen und die Verbrecher - und zeigt Wege aus der Gefahr. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**

\_ von Daniell Pföhringer

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.

Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosphorus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am

Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosphorus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkaufte hat. Den Grundstein für die Anatalisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte. Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnet sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.

Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/52-54): >>>Der Soros-Plan

\_ von Daniell Pföhringer

... Soros hat laut dem US-Magazin Forbes über 24 Milliarden Dollar auf der hohen Kante. Er unterstützt schon seit 1979 die von ihm gegründeten Open Society Foundations, mit denen unter anderem die sogenannten Farbenrevolutionen in Georgien oder der Ukraine gepusht wurden. Bei aller vermeintlichen Förderung von Demokratie und Menschenrechten dürfte der glühende Verfechter der Euro-Transferunion und Abschaffung der Nationalstaaten immer auch eigene Vorteile im Blick haben:

Er investierte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 relativ geringes Geld in ehemalige Staatsfirmen, die später ein Vielfaches an Gewinnen abwarfen. Viktor Orban wirft Soros vor, daß er nun von Revolutions- auf Invasions-Sponsoring umgesattelt habe, "als zivile Vereine getarnte Lobby-Organisationen" fördere und "ein regelrechtes Netzwerk mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen hundert Menschen, einer eigenen Universität" unterhalte. Solche Aktivitäten will der ungarische Premier im Interesse seines Landes einschränken.

Tatsächlich liegt Orban nicht falsch, wenn er Soros, dessen schier unerschöpfliches Vermögen hauptsächlich auf spekulative Angriffe seines Quantum-Fonds in den 1990er Jahren auf das britische Pfund, die D-Mark und den argentinischen Peso zurückzuführen ist, nun als treibende Kraft hinter dem Zuwanderungslobbyismus identifiziert. Schließlich hat es sich die von Soros ins Leben gerufene International Migration Initiative (IMI) ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, vermeintliche Verstöße gegen die Rechte von Migranten zu ahnden, ihnen einen erleichterten Zugang zu Gerichten in Europa zu ermöglichen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

Dazu soll, wie es seitens der IMI heißt, ein "Netzwerk von juristischen Fachleuten und Organisationen" errichtet werden, das die angeblichen Flüchtlinge befähigen soll, "ihre Rechte zu behaupten und zu verteidigen". Außerdem will sich die sogenannte Migrationsinitiative für eine "Verbesserung des Dialogs mit der Politik" einsetzen. Übersetzt heißt das: Es soll politischer Druck auf die europäischen Regierungen ausgeübt werden, der Massenzuwanderung Tür und Tor zu öffnen.

#### Organisierte Asylflut

... Ungarische Regierungsvertreter sprechen offen von einem "Soros-Plan". Orban wirft dem berüchtigten Finanzhai vor, Europa mit Migranten "überschwemmen" und seiner "christlichen und nationalen Identität" berauben zu wollen. Um die ethnokulturelle Identität der europäischen Völker zu zerstören, fördere Soros eine "Invasion" aus der muslimischen Welt, so der Premier in gewohnt deutlicher Wortwahl. ...

Unter dem Titel "Rebuilding the Asylum System" ("Der Wiederaufbau des Asyl-Systems") veröffentlichte Soros im September 2015 - auf dem Höhepunkt der Asylkrise - einen Text, in dem er zunächst apodiktisch forderte, daß die "EU für die absehbare Zukunft eine Million Asylsuchende pro Jahr zu akzeptieren" habe und pro Person jeweils 15.000 Euro in den ersten beiden Jahren bereitstellen solle. Der US-Milliardär schrieb, es sei wichtig, "die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine *Conditio sine qua non* für den Erfolg".

Des Weiteren habe Brüssel wirtschaftliche Sonderzonen in den Herkunftsländern der Migranten zu fördern. Dafür seien "mindestens acht bis zehn Milliarden Euro" bereitzustellen, so Soros. Neben einer gemeinsamen Asyl-Bürokratie sieht sein Plan vier "sichere Reiserouten" für die Migranten vor. ...

#### Brüsseler Spitzen

Soros' Migrationsagenda ist also genauso belegbar wie das von ihm finanzierte Netzwerk von Lobbyorganisationen, die insbesondere im Herzen der EU-Bürokratie massiv Einfluß nehmen. Ins Bild paßt da ein Brüssel-Besuch des selbsternannten Philanthropen im April 2016, bei dem dieser herzlich von führenden Eurokraten, darunter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, empfangen wurde, obwohl der Börsenmilliardär kein öffentliches Amt bekleidet.

Nur wenige Monate später veröffentlichte die amerikanische Webseite DC Leaks 2.576 Dokumente von Einflußorganisationen des notorischen Strippenziehers. Die Papiere belegen eindeutig, wie Soros' Gefolgsleute den direkten Kontakt zu Entscheidern im Umfeld des Europaparlamentes suchen. Bei der Wühlarbeit von Soros und seinem Überfremdungs-Plan handelt es sich also nicht um Verschwörungstheorien.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/78-79): >>**Die Richterin und ihre Henker**

*\_ von Josephine Barthel*

Kirsten Heisig war ein Störfaktor für das Polit-Establishment - und mögliche Spitzenkandidatin einer neuen Protestpartei. Mußte sie deswegen sterben?

Geduld scheint eine Eigenschaft zu sein, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist. In kaum einem anderen Land der Welt ist die politische Leidensfähigkeit so hoch wie zwischen Oder und Rhein. Statt konkreter Maßnahmen, die für die Regelung der Zustände in unmittelbarer Umgebung sorgen, philosophieren bundesdeutsche Gutmenschen lieber über globale Gesellschaftsentwürfe oder das Zusammenleben von Menschen in anderen Breitengraden - während es im eigenen Stadtteil bereits lichterloh brennt.

Insofern war bereits der Titel eines Buches eine Kampfansage gegen die allumfassende Lethargie, die für alle Befürworter des Status quo lebenswichtig ist: Das Ende der Geduld. Was die Berliner Amtsrichterin Kirsten Heisig in dieser Streitschrift präsentierte, dürfte vielen Ge-

sellschaftsgruppen nicht gefallen haben. Weder der Einwanderungslobby des Großkapitals, das billige Fachkräfte rekrutieren möchte, noch den etablierten Parteien, die über Jahrzehnte eine völlig reflexionslose Asylpolitik betrieben haben. Und schließlich sind die Wahrheiten Kirsten Heisigs auch für manche Migranten-Communities und die angeschlossenen Sozialstaatsapparate wenig erfreulich gewesen.

Tod im Tegeler Forst

Daß die Autorin des brisanten Buches den Erscheinungstag nicht mehr erleben durfte, wunderte die veröffentlichte Meinung in Deutschland kaum. Heisig verschwand am selben Tag, an dem sie die letzten Korrekturen an das Lektorat geschickt hatte. Für Polizei und Presse stand gleich fest, daß die lebenslustige Mutter zweier Kinder Selbstmord begangen haben soll. Man stellte sich nicht die Frage, unter welchem Gefahrenpotential Menschen leben, die solch unbequeme Wahrheiten aussprechen. Eine SMS an die Kinder, die auf psychische Probleme hingedeutet habe, soll Beweis für die Selbstmordthese sein.

Daß Kirsten Heisig noch am Tage ihres Verschwindens einen Talkshowtermin bei Stern TV zugesagt und danach einen Urlaub mit ihren Kindern gebucht hatte, ist nur eines der mehr als sonderbaren Indizien, die besonders im Internet für kontroverse Diskussionen sorgen sollten. Die sogenannte seriöse Presse hielt sich an das, was viele als inoffizielle Sprachregelung empfanden - jedenfalls in Deutschland.

### **"Verdacht eines vertuschten Mordes" Neue Zürcher Zeitung**

Anders in der Schweiz. Das wichtigste Blatt der Alpenrepublik, die Neue Zürcher Zeitung, notierte am 15. September 2010 verwundert: "Von Oberstaatsanwalt Andreas Brehm hätten wir ... gern Näheres über Kirsten Heisigs Selbstmord im Tegeler Forst erfahren, dessen Umstände so fragwürdig sind, daß sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen läßt."

Auf die Frage, ob die nichtöffentlichen Ermittlungsakten auf Antrag einsehbar wären, habe Brehm mit den Worten geantwortet: "In diesem Fall gewiß nicht."

Hierzulande beschäftigte sich ausschließlich das Netzforum Kopp Online umfassend mit dem mysteriösen Tod der Richterin. Der Investigativjournalist Gerhard Wisnewski stellte in einer acht Folgen umfassenden Beitragsreihe zahlreiche Fragen, die bis heute nicht ausreichend beantwortet wurden.

Von Anfang an, so Wisnewski, habe die Polizei nach außen hin einseitig ermittelt. Bereits am 2. Juli, also kurz nach dem Verschwinden Heisigs, habe man apodiktisch verkündet: "Eine Entführung, überhaupt eine Straftat, schließt die Polizei aus." Es sei, so der Autor, nicht mitgeteilt worden, wo und wie die Frau genau gefunden worden oder wie sie tatsächlich zu Tode gekommen sei. Auch warum bei heißem Wetter und daraus folgender schneller Verwesung einer Leiche diese in einem stark frequentierten Waldstück nicht schneller gefunden wurde, bleibt offen. Die schon bald eingesetzten Suchhunde jedenfalls hätten den Verwesungsgeruch bemerken müssen.

In der Kriminalistik wird bereits jedem Erstsemester eingepaukt, daß man bei einer Straftat immer nach dem Motiv zu fragen habe. Für die Selbstmordthese spricht laut überzeugender Aussagen von Weggefährten Heisigs nichts. Für Mord dagegen viel. Man darf davon ausgehen, daß Heisig nach der Veröffentlichung des Buches, ähnlich wie später Thilo Sarrazin, zum Medienstar geworden wäre. Nicht umsonst nannte man sie in Anlehnung an den Hamburger Ex-Senator und Richterkollegen Ronald Schill "Richterin Gnadenlos".

Während Schill zum kurz aufflackernden politischen Ecce-Homo (klassische Aussprache) wurde, die Politikszene aufmischte und dann plötzlich und unerwartet abstürzte, fand Kirsten Heisig noch vor dem medialen Durchbruch den Tod. Doch wenn Schill als manchmal allzu schneidiger Hardliner Wahlergebnisse von über 20 Prozent in Hamburg erzielen konnte - welche Resultate hätte da erst eine grundsolide und sympathische Frau wie Kirsten Heisig erzie-

len können?

### **Politisches Potential**

Diese Frage ist keineswegs abstrakt. Nach Berichten von Weggefährten des damaligen Berliner CDU-Dissidenten René Stadtkewitz war Heisig im Sommer 2010 an Gesprächen über eine Parteibildung beteiligt und sogar als Spitzenkandidatin im Gespräch. Als untadelige Richterin mit der Fähigkeit, tabuisierte Probleme anzusprechen und konkrete Lösungen aufzuzeigen, hätte sie bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin im Herbst 2011 eingeschlagen wie eine Bombe.

Nicht auszuschließen ist, daß sie mit ihrem sachbezogenen Ansatz, der nicht gegen den Islam, sondern gegen das kriminelle Potential genau definierbarer Ausländergruppen zielte, Brücken hätte bauen können zur Mehrheit der vernünftigen Moslems. In Neukölln und Wedding sind es nämlich oft genug die fleißigen Türken der ersten Einwanderergeneration, die unter der Gewalt und Asozialität der später Zugezogenen, vor allem krimineller arabischer Gangs, zu leiden haben. Daß sie den jugendlichen Delinquenten nicht nur mit der Strenge des Gesetzes kam, sondern ihnen bisweilen auch als Frau und Mutter ihr Herz öffnete, muß allen verhaßt gewesen sein, die den "Kampf der Kulturen" von der einen wie von der anderen Seite befeuern wollen.

### **Heisig wäre nach der Veröffentlichung des Buches zum Medienstar geworden.**

Wer profitierte von Kirsten Heisigs Tod - und wer mußte die lebendige Kirsten Heisig fürchten? Diese Fragen zu stellen, hat nichts mit einer sogenannten Verschwörungstheorie zu tun - ein Begriff, der immer gern benutzt wird, um sich einer Diskussion zu entziehen. Unliebsame Annahmen werden rasch und wirkungsvoll zu einer solchen Theorie gestempelt, damit man sich nicht mit ihnen beschäftigen muß.

Von den Deutschen wird gesagt, sie lebten in historischen Pendelschlägen. Nach Zeiten der absoluten Ruhe und Agonie kamen oft übersteigerte Gegenbewegungen. Man hat bei der Lektüre von Das Ende der Geduld den Eindruck: Kirsten Heisig war es ein Anliegen, daß es bald zu konstruktivem Handeln kommt. Bevor die Probleme unüberschaubar werden - und damit auch die Reaktionen.

\_ Josephine Barthel hat in München und Köln Vor- und Frühgeschichte sowie Mediävistik und Rechtswissenschaften studiert. Sie lebt heute als freie Autorin in Limoges.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

### **>>Sie wollen eine Weltregierung**

\_ Viktor Orban im Interview

*Noch vor den Europawahlen im Mai sollen Fakten geschaffen werden - daher wird jetzt der UN-Migrationspakt durchgepeitscht. Das ist ein radikaler Bruch mit dem Völkerrecht.*

*Nächste Woche wird es einen EU-Gipfel geben. Ob die Frage des Grenzschutzes zur Sprache kommen wird, die neulich angeschnitten worden ist?*

(Orban:) Wenn ich die europäische Situation jetzt in einem Satz als Antwort auf Ihre Frage zusammenfassen müßte, dann würde ich sagen: Die Einsätze liegen auf dem Tisch, alle Masken sind gefallen. Im Mai 2019 wird es also die Wahlen zum Europäischen Parlament geben: Jene Dinge, die jetzt geschehen, kann man am ehesten als Teil eines Wahlkampfes deuten. Beziehungsweise: Die Politiker, die in Brüssel an der Macht sind ... - denn in Brüssel gibt es heute eine die Einwanderung befürwortende Mehrheit -, wollen jetzt noch alles bis zu den Wahlen im Mai durchdrücken, denn ... es kann auch passieren - und das ist zugleich auch unsere Hoffnung -, daß es in Europa nach den Wahlen eine die Einwanderung zurückweisende Mehrheit geben und es eine entsprechende EU-Kommission sowie ein entsprechendes EU-Parlament geben wird. ...

Die Wahrheit ist, daß mit Volldampf Ansiedlungsprogramme fabriziert werden. Die Kommission hat ihr Programm öffentlich gemacht, in dem sie niedergeschrieben hat, was ihrer An-

sicht nach jetzt alles schnellstens durchgeführt werden müßte. ... Darin stehen Dinge wie ein ständiges Umsiedlungsprogramm, die Öffnung legaler Migrationsrouten, gemeinsame ... Migrationsprogramme mit afrikanischen Ländern, die Einführung eines neuen, sogenannten humanitären Visums, die Einbeziehung der NGOs in die Prüfung von Visa - überhaupt: Rechte, Befugnisse an jene Organisationen abgeben, die im Übrigen von George Soros finanziert werden.

Das sind also die Vorschläge. Die Wegnahme des Grenzschutzes von den Mitgliedsstaaten und seine Übergabe in die Hände von Frontex, wo man gar nicht mehr von Grenzschutz spricht, sondern - die Wörter besitzen eine Bedeutung! - ... von "Grenzmanagement". Also das Wort "Grenzschutz" bedeutet, das man eine Grenze schützt, und "Grenzmanagement" bedeutet, daß es dort ein irgend etwas gibt, dessen Überquerung auf irgendeine Weise erledigt werden muß.

### **Kampf zweier Welten**

*In dieser Woche hat eine amerikanische Journalistin muslimischer Herkunft niedergeschrieben, daß es ein offenes Geheimnis ist ..., daß zum Beispiel in Amerika die Demonstrationen gegen den (von Trump unterstützten) Kandidaten (Brett Kavanaugh) zum Obersten Gerichtshof vor der Richterwahl von den von Soros unterstützten Organisationen organisiert, gesteuert, koordiniert wurden. Anscheinend funktioniert dies in Europa auf die gleiche Weise.*

(Orban:) Auch das kann man langsam als ein offenes Geheimnis bezeichnen. ... Wir erinnern uns nicht mehr daran, weil so vieles geschieht, doch vor einigen Jahren wußten nur sehr wenige, was für ein starkes Netzwerk George Soros in Ungarn, in Mitteleuropa, in Brüssel und auch in Amerika mit vielen Millionen oder Milliarden Dollar betreibt. Das war damals ein verborgenes Netzwerk, das stärker unter dem Wasser wirkte - wie im Wasserball: oben lächeln wir, und unten treten wir uns. Das war auch ihre Taktik. ...

Gegen verborgene Netzwerke kann man nur sehr schwer kämpfen, jetzt befinden sie sich aber schon draußen im Sonnenlicht. ... Jedoch finde ich es am spannendsten, daß diese Schlacht auch in Amerika läuft. Denn es gibt den Kampf zwischen der Kraftgruppe des amerikanischen Präsidenten und der Soros'schen Seite auch in Amerika, was für uns Ungarn, die wir auf nationaler Grundlage stehen, schwer zu verstehen ist.

Wenn wir hinter die Ereignisse blicken, dann können wir sehen, daß die eine Kraft, die sich um den amerikanischen Präsidenten konzentriert, deutlich erkennbar zu den Grundlagen der amerikanischen nationalen Interessen zurückkehren will und parallel dazu anerkennen möchte, daß auch andere Nationen das Recht besitzen, ihr Leben, so wie sie wollen, ihrem eigenen Geschmack entsprechend zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten. Ihnen gegenüber stehen in Amerika und überall die großen Soros'schen Netzwerke, die wir als Globalisten zu bezeichnen pflegen, und sie wollen anstatt der Vereinbarungen, der Verträge der Nationen, eine Weltregierung.

Wir glauben daran - wir stehen auf der nationalen Seite -, daß die Welt dann gut funktioniert, wenn sie unter Nationen aufgeteilt ist, wenn die Nationen gewählte Politiker besitzen und diese die Interessen ihrer eigenen Nation vertreten, miteinander Vereinbarungen treffen und die Dinge der Welt auf diese Weise erledigen. Die Globalisten glauben, daß es gut sei, wenn es eine Weltregierung, irgendwo ein Kraftzentrum, gibt, die von dort aus den Nationalstaaten obligatorisch vorschreibt, was gemacht werden muß. Das ist der Gedanke der Weltregierung.

...

### **Wühlarbeit der Soros-Netzwerke**

*Aber hier geht es doch nicht nur um ... von George Soros unterstützte Organisationen, sondern darum, daß wir sehen, wie diese unterstützten Leute auch in internationale Organisationen integriert werden. Zum Beispiel sehen wir, ... daß jetzt ein albanischer Rechtsanwalt Mitglied des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geworden ist, der, obwohl er über*

*keine Praxis als Richter verfügt, ausgewählt wurde - und es hat sich herausgestellt, daß er früher bei einer Stiftung von George Soros gearbeitet hat. Das Gleiche können wir in der UNO sehen, nicht wahr? Der Migrationspakt versucht, genau die gleiche globalistische Denkweise zu vertreten.*

(Orban:) Diese Netzwerke, wie auch das von George Soros, besitzen einige Schwächen, doch sie verfügen auch über einige Wettbewerbsvorteile. Ihre Schwäche ist natürlich, daß, wenn man sie plötzlich benennt und man sich im Namen des Volkes gegen sie zu verteidigen beginnt - denn wir sind ja gewählte führende Politiker, es ist also unsere Aufgabe, die Interessen der Menschen zu vertreten -, dann stellt sich heraus, daß sie niemand ermächtigt hat, und in dieser Diskussion stehen sie auf verlorenem Posten. ...<<

Der deutsch-ägyptische Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad berichtete im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/180-184,265-266): >>... **Orient und Okzident**

### **Antithese mit Tradition**

Das Morgen- und das Abendland sehen sich bereits seit dem siebten Jahrhundert als Antithese zueinander. Auch wenn es im Laufe der Geschichte gelegentliche Phasen des Friedens und des Kulturtransfers zwischen den beiden Kontrahenten gegeben hat, bestimmten fast immer Konflikte und Haß die Beziehung zueinander.

Die Erfolge der einen Seite waren fast immer zwangsläufig mit Verlusten der anderen verbunden. Im jeweiligen Kollektivgedächtnis werden eher die traumatischen Erfahrungen betont, nicht die Gemeinsamkeiten. Während die einen an Kreuzzüge und Kolonialismus denken, denken die anderen an die Eroberung Konstantinopels, die Türken vor Wien und den 11. September.

Jede Seite wußte die Konturen der eigenen Identität der anderen zu schärfen. Jede Seite hielt oder hält die eigenen Werte für überlegen und allgemeingültig und die anderen für dekadent beziehungsweise barbarisch.

Die Geschichte von Orient und Okzident ist eine Geschichte voller Mythen, voller Asymmetrien, Kränkungen und Mangel an Vertrauen. Die Araber verbrachten Jahrhunderte in Spanien als Kolonialmacht, es kam zu einer kurzen Phase der Zusammenarbeit mit Juden und Christen, aber nie zu einer wirklichen Vermischung oder einer Kultursymbiose, in der alle gleichberechtigt und gemeinsam teilhatten an der Blütezeit. Die westlichen Kolonialherren wiederum verbrachten Jahrhunderte im Orient, die Errungenschaften der Moderne und die Gedanken der Aufklärung im Gepäck, ohne daß auf dieser Basis neue, gemeinsame Werte entstanden wären.

... In der islamischen Welt aber hinterließ der Kolonialismus eine so tiefe narzißtische Wunde, daß sie auch mit der Zeit nicht zu heilen scheint. Denn die faktische Überlegenheit des Westens widerspricht dem islamistischen Gottesplan, der den Sieg des Islam über alle Kulturen verspricht.

Seit Jahrzehnten nun leben Millionen von Muslimen in Europa, sie genießen die Vorzüge der Freiheit und des Wohlstandes, dennoch sind sie und ihre Religion hier immer noch fremd und exotisch. Viele Europäer empfinden die hier lebenden Muslime als eine Gefahr für die innere Sicherheit. Und viele Muslime blicken mit Skepsis auf die Freiheit und haben Angst, ihre Seele an den Westen zu verlieren.

Diese Distanz ist bemerkenswert, liegen die Kulturräume Arabien und Europa doch geographisch und auch religiös näher beieinander als Asien und Europa. Und doch schaffen es die Asiaten besser und schneller, sich in westlichen Gesellschaften einzugliedern und sich westliche Werte zu eigen zu machen, als Muslime.

Vietnamesen, Thailänder, Japaner, Koreaner und Chinesen sind mit Sicherheit ebenso stolz auf ihre eigene Kultur und versuchen, diese auch in der Fremde zu bewahren. Aber sie sehen

ihre Kultur nicht als die bessere Alternative zur westlichen Zivilisation. Sie empfangen genau wie Muslime die Programme der Satellitensender aus der Heimat, doch diese warnen sie nicht vor der Moral des Westens und schüren keine Verschwörungstheorien. Obwohl auch Asien in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit westlicher Aggression gemacht hat, hat hier die Erziehung zum Haß gegen den Westen keine Tradition. ...

Anders als das Christentum ... war der Islam sehr früh in seiner Geschichte erfolgreich unter anderem auf den Trümmern des christlichen Byzantinischen Reiches. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kannte er über Jahrhunderte die Situation einer Minderheit nicht. Deshalb hat er ein Selbstverständnis der Dominanz und Gestaltung entwickelt und mußte auch nie eine Minoritätentheologie entwickeln. Statt dessen war der Sieg über die westlichen Mächte in Spanien, Sizilien, Konstantinopel, Nordafrika und auf dem Balkan die Grundlage für das Entstehen vieler islamischer Reiche.

Als der Islam seine Macht verlor, stieg Europa militärisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich auf und kolonisierte weite Teile der arabischen Welt. Das letzte islamische Reich, das gefallen war, war das Osmanische Reich, das letzte Kalifat. Dieses mußte sich in einer direkten Auseinandersetzung mit dem Westen geschlagen geben. Seine Gebiete wurden unter westlichen Mächten aufgeteilt.

Diesen Machtverlust können viele Muslime bis heute nicht verkraften. Viele träumen noch immer davon, daß sich irgendwann das Rad der Geschichte doch noch zu drehen und der Islam die Macht über die Welt wiedererlangen wird. Dieser Traum legitimiert sich durch ein heiliges Versprechen Allahs im Koran. Der Sieg des Islam über alle anderen Religionen und über die Ungläubigkeit ist nicht nur ein Traum, sondern ein politischer Auftrag, den Gott höchstpersönlich allen Gläubigen erteilt.

### **Von tödlichen Identitäten und rückwärtsgewandten Utopien**

"Der Islam ist als Fremder geboren und wird als Fremder wiederkehren. Selig sind die Fremden", hat Mohamed prophezeit. Nicht jeder Muslim, der nach Europa auswandert, nimmt diesen Auftrag ernst und nicht jeder will Europa islamisieren, doch für viele Islamisten und Vertreter des konservativen Islam ist dieser Traum eine Orientierung für die Zukunft. Manche arbeiten daran, daß die Prophezeiung bald Realität wird, andere behalten sie zumindest im Herzen.

Alle aber wissen, daß der Islam nicht gekommen ist, um sich in irgend etwas zu integrieren, sondern um alles von oben zu bestimmen und den Willen Gottes auf Erden durchzusetzen. Das Prinzip "Andere Länder, andere Sitten" und "Jeder soll nach seiner Fassung selig werden" ist für den gläubigen Muslim nicht bindend. Denn es gibt im Islam keine Gleichwertigkeit von Werten und Sitten. Nur die islamische Moral ist wirklich eine Moral. Und Moral ist gleich auch Gesetz.

Von einem Muslim wird erwartet, daß er und der Islam eine Einheit bilden und daß er sich nicht nur von den unislamischen Werten distanziert, sondern diese auch aktiv bekämpft, während er die islamischen Werte nicht nur unter Muslimen, sondern überall, wo er lebt, verbreiten soll. ...<<

### **>>... Ein Blick in die Zukunft**

... Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.

Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Ham-

burg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glaubens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt, die aus den Fugen geraten ist.

Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.

Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.

Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr. Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen.

...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 20. März 2020: >>"No Way!" statt freie Fahrt

*Herbert Kickl*

Die Lage in Griechenland ist dramatisch, und es ist sicher nicht übertrieben, von einem Angriff auf die Außengrenze der Europäischen Union zu sprechen. Die Türkei versucht sich in einer Art hybrider Kriegsführung gegen die EU mit dem Ziel, zuerst den Süden und in weiterer Folge die gesamte Union zu destabilisieren. Neben denjenigen, die derzeit versuchen, die Außengrenzen zu durchbrechen, existiert ein gigantisches Potential von Millionen Menschen, die sich - im schlimmsten Fall unter Anwendung von Gewalt - mit hoher Wahrscheinlichkeit auch auf den Weg nach Europa machen würden, wenn man die Vorhut gewähren läßt und Erdogans Begehrlichkeiten nachgibt.

Der deutsche Innenminister Horst Seehofer hat sich wider jede Vernunft für eine "Koalition der Willigen" in der EU ausgesprochen. Die deutsche Bundesregierung hat bereits bekanntgegeben, Migrantenkinder aus Griechenland aufzunehmen. Illegale Einwanderung zahlt sich aus - das ist die Botschaft, die Angela Merkel damit an die Schlepper dieser Welt und ihre Kunden aussendet.

Wie im Jahr 2015 öffnet sie einen Spalt der Tür nach Europa. Denn Merkel spricht von Kindern und verschweigt dabei, daß ihnen selbstverständlich Mütter, Väter, Brüder und Onkel folgen werden. Die deutsche Kanzlerin spielt dem türkischen Diktator Erdogan in die Hände. Das ist ein neuerlicher Sündenfall der Wiederholungstäterin Merkel auf Kosten der Europäer. Die Allianz der sogenannten Willigen ist in Wahrheit eine Allianz der willfährigen Erfüllungsgehilfen Ankaras.

**Wir brauchen eine Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co.**

Deshalb brauchen wir eine europäische Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co. Wer

sich nach dem Fiasko, das sie ihrem Land und dem ganzen Kontinent 2015 eingebrockt hat, im Angesicht eines neuerlichen illegalen Migrantenansturms wieder an Merkel-Deutschland orientieren will, der ist ganz bewußt auf die Schädigung Europas aus. Diese "Koalition der Willigen" ist eine "Koalition der Naivlinge und Unverantwortlichen" und ist aus zweierlei Gründen brandgefährlich: Erstens knickt die EU damit erneut vor dem Erpresser Erdogan ein. Andererseits wird dieses Verhalten eine enorme Magnetwirkung entfalten und so für massiven zusätzlichen Druck auf die Grenzen sorgen, diesmal ganz ohne Erdogans Zutun.

In Österreich wehrt sich der - vor allem in Deutschland - maßlos überschätzte Bundeskanzler Sebastian Kurz gegen die Aufnahme zusätzlicher Migranten, allerdings nur gegen die freiwillige Aufnahme. Sollte aber die EU eine solche Aufnahme vorschreiben, wäre er bestimmt wieder der erste Musterschüler. Denn vor den beiden Europa-Gefährderinnen Ursula von der Leyen und Angela Merkel umzufallen, ist ihm schon einige Male passiert.

Erinnern wir uns daran, was Frau von der Leyen ganz oben auf ihre Agenda der Kommissionspräsidentschaft gesetzt hat, nämlich die Frage der Verteilung von Migranten in der EU. Das ist ihr großes Projekt neben dem "Green Deal". Das heißt, jetzt werden zwar vordergründig Abwehrmaßnahmen geplant, aber die Zwangs- und Pflichtverteilung von Migranten wird kommen, nicht gleich und durch die Hintertür, aber das ist der Plan.

### **Wichtig wären jetzt andere Maßnahmen**

Wichtig wären jetzt ganz andere Maßnahmen. Der Desinformation, die von seiten der organisierten Schlepperkriminalität und vermutlich auch des türkischen Regimes betrieben wird, muß entgegengetreten werden. Auf allen Kanälen muß in den betroffenen Regionen, aber auch in den Herkunftsländern und in potentiellen Drittstaaten über elektronische Medien bis hin zu Klassikern wie dem Flugblatt oder Lautsprecherdurchsagen eine einfache Botschaft kommuniziert werden: "No way! Versucht es erst gar nicht! Ihr habt keine Chance! Europa ist eine Festung!" Australien macht das seit dem Jahr 2013, und zwar höchst konsequent. Dort hat niemand, der als Bootsflüchtling aufgegriffen wurde, auch nur ansatzweise die Chance, eine Aufenthaltsgenehmigung in Australien zu bekommen.

Zudem wären die Länder der EU gut beraten, sich mittels umfassender Grenzschutzübungen auf den Migrantenansturm vorzubereiten. In Österreich wurde eine solche gemeinsame Übung von Polizei und Militär im Jahr 2018 auf meine Veranlassung als damaliger Innenminister bereits einmal erfolgreich durchgeführt. Damit haben wir auch ein klares Signal echter Abwehrbereitschaft in die Welt geschickt. Wir werden nicht Herr der Lage werden können, wenn wir die Hände in den Schoß legen oder sie zur Raute formen. Als Politiker sind wir verpflichtet, die Bevölkerung unseres Landes zu schützen, und zwar mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind.

### **Das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben**

Griechenland hat das Asylrecht temporär ausgesetzt. Das sollte Österreich auch tun. Es darf nicht mehr möglich sein, einen Asylantrag auf österreichischem Boden zu stellen. Jene, die jetzt zu Tausenden die griechische Grenze bestürmen, sind in Wahrheit illegale Einwanderer. Menschen, die in der Türkei bereits Schutz haben, nicht in die EU zu lassen, ist unser Recht und unsere Schuldigkeit gegenüber unserer eigenen Bevölkerung. Auch alle anderen, die mehrere sichere Länder durchquert haben, wo sie längst einen Asylantrag hätten stellen können, sind in Wahrheit illegale Einwanderer.

Der Antrag ist dort zu stellen, und so ist es in der Genfer Flüchtlingskonvention gedacht, wo man den ersten sicheren Punkt erreicht hat. Sich über Hunderte oder Tausende Kilometer dorthin zu begeben, wo es ökonomisch am günstigsten ist, hat mit dem Asylgedanken und mit der Genfer Flüchtlingskonvention nichts zu tun.

Auch das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Das Flüchtlingsabkommen muß sofort gekündigt und durch das endgültige Aus der aktuell auf Eis liegenden

EU-Beitrittsverhandlungen signalisiert werden, daß die Türkei keinen Platz in der europäischen Staatengemeinschaft hat. Wobei der Deal von Anfang an hinterfragbar war. Denn selbst wenn er funktionieren würde, wäre es ein Nullsummenspiel. Denn er besagt ja nur, daß die Türken für einen illegalen Migranten, den sie zurücknehmen, das Recht haben, uns einen legalen zu schicken.

Die illegalen Zuwanderer werden in der Türkei umetikettiert, und dann stehen sie wieder auf europäischem Boden. Dafür hat die Europäische Union Milliarden bezahlt, anstatt dieses Geld in sinnvolle Grenzschutzmaßnahmen zu investieren. Und es sind etwa zehnmal mehr Menschen aus der Türkei nach Europa gebracht worden als von Griechenland in die Türkei.

### **Die EU steht vor einer Grundsatzentscheidung**

Abseits der aktuellen Entwicklungen steht die Europäische Union vor einer Grundsatzentscheidung, die überfällig ist: Arbeiten wir weiter im Reparaturmodus oder stellen wir das Asylsystem auf neue Beine? Und sind wir endlich bereit, die Begriffe zu entwirren und Ordnung ins Chaos zu bringen? In der politischen beziehungsweise medialen Debatte werden ja gern die Begriffe vermischt. Jeder Migrant wird zum Flüchtling erklärt. Die Genfer Flüchtlingskonvention schützt sie angeblich alle - selbst wenn sie mehrere sichere Staaten durchquert haben, bis sie in einem Land ihrer Wahl Asyl beantragen. Das war sicher nicht im Sinne der Flüchtlingskonvention.

Die Konvention unterscheidet auch zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen, die wegen eines gewaltsamen Konfliktes ihr Land verlassen haben. Völkerrechtsprofessor Michael Geistlinger von der Universität Salzburg hat in einem Interview ein schönes Beispiel formuliert, anhand dessen er den Unterschied klarmacht: "Stellen Sie sich eine Landgemeinde mit 2.500 Menschen vor. 2.400 leben unter dem Regime, beklagen sich über verschlechterte Zustände, aber sie werden nicht direkt vom Regime behelligt. Und dann gibt es einen Lehrer, der öffentlich Kritik übt. Der wird von der Polizei aufgesucht, im schlimmsten Fall sogar gefoltert. Dieser eine Lehrer ist laut Genfer Flüchtlingskonvention ein Flüchtling. Er wird persönlich verfolgt. Alle anderen, die vor den Zuständen flüchten, sind Vertriebene. Und die haben kein Recht auf eine Anerkennung als Flüchtling."

### **Asyl auf den ursprünglichen Gedanken zurückführen**

Also führen wir Asyl doch auf seinen ursprünglichen Gedanken zurück und bringen wir das gesamte System auf die Höhe der Zeit des Jahres 2020. Mit einem klaren strategischen Ansatz, der "innerkontinentalen Fluchtalternative".

In einer globalisierten Welt sind Instrumente aus der Mitte des letzten Jahrhunderts, die primär für Dissidenten aus den Diktaturen des damaligen Ostblocks geschaffen wurden und nicht für Menschenmassen, die sich in einer Art Völkerwanderung auf den Weg machen, nicht mehr tauglich. Es braucht die "innerkontinentale Fluchtalternative". Das bedeutet, Asyl kann es nur mehr auf dem Kontinent geben, von dem die Migranten stammen. In anderen Worten: Die Person muß entweder in einem direkten Nachbarstaat Europas verfolgt sein oder keine realistische Möglichkeit auf Schutz in einem Land haben, das näher am Herkunftsstaat liegt als die EU. Das entspricht auch der Intention der Genfer Flüchtlingskonvention.

*Herbert Kickl, Jahrgang 1968, war von Dezember 2017 bis Mai 2019 Bundesminister für Inneres der Republik Österreich. Zuvor war der ehemalige FPÖ-Generalsekretär (2005 bis 2018) elf Jahre Abgeordneter im Nationalrat, dem österreichischen Parlament. Dort ist er nun geschäftsführender Vorsitzender der FPÖ-Parlamentsfraktion.<<*

**Schlußbemerkungen:** Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel - ohne Zustimmung des Bundestages - das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Million Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlings und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittle-

ren Osten sowie den nordafrikanischen Maghrebstaaten und der Sahelzone, wie z.B. Nigeria und Eritrea.

Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Million Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen. Wer es wagte, diese selbstmörderische Destabilisierungspolitik bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die gleichgeschalteten Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt.

Infolge dieser unentschuldbaren illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese enormen "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich aufzubringen und werden sicherlich langfristig das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat vernichten. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel - "Wir schaffen das ..." - vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr weiterhin keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

Der deutsche Staat bemüht sich demnach zweifelsfrei nicht mehr um das Gemeinwohl des deutschen Volkes, sondern die derzeitige "Scheindemokratie" vertritt gegenwärtig fast ausschließlich nur noch die Interessen von angeblich "schutzbedürftigen Ausländern" (Migranten und sonstige bedürftige Gruppen).

Die Auflösung des monokulturellen Staates durch die Flutung mit Millionen von Migranten führt zwangsläufig zur Schaffung eines leicht zu lenkenden "Lumpenproletariats" in Parallelgesellschaften ohne nationale Kulturwerte. In zahlreichen deutschen Städten beträgt der Anteil der islamischen Neugeborenen bereits 50 % bis 80 %. Die große Mehrheit der Muslime hält "religiöse Gesetze" grundsätzlich für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben und bestätigen, daß nur eine mögliche Auslegung des Korans existiert. Diese Muslime halten daher den bevorstehenden "heiligen Krieg gegen die Ungläubigen" für unumgänglich.

Der Islam, der sich seit seiner Entstehung als Religionsgemeinschaft tarnt, war nie eine Religion des Friedens. Der Islam war immer eine religiös-politische Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, die nachweislich die Weltherrschaft anstrebt (Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht.").